

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 4. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 4. November 2020
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.35 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Christian Kellermann, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Sandro Felice, Barbara Grange, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Cetin Keles, Ueli Keller, Christian Kellermann, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Simone Meier, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Pascale Uccella, Rita Urscheler, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter

Entschuldigt: Christian Stocker Arnet, Swen Wyss

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 38 Anwesende = 26
21.20 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 18.8.2020, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, betreffend **Quartierplanung ALBA**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4525 / A
2. Bericht des Gemeinderates vom 14.10.2020, betreffend **Sondervorlage Ersatzbeschaffung der Feuerwehr-Autodrehleiter / Investitionen 2021 (Konto 1501-5060.XX)**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4529
3. Bericht des Gemeinderates vom 24.6.2020, zum Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 20.1.2019, betreffend **Bildung einer Begleitkommission für die Ausarbeitung der Versorgungsregion mit Binningen und Schönenbuch**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4435 / A
4. Verfahrenspostulat von Christian Kellermann, CVP, vom 12.10.2020, betreffend **Einwohnerratssitzung in der Legislatur 20/21 Videostreaming via Internet**
Antrag des Büros: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: ER-Büro Geschäft 4534
5. Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, zum Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 18.2.2019, betreffend **Allschwiler Kulturwoche ein «grosser Erfolg» - bleiben wir dran?**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4443 / A
6. Zwischenbericht des Gemeinderates, vom 19.8.2020, betreffend **Motion Überarbeitung Abfallbewirtschaftungsreglement**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4467A
7. Bericht des Gemeinderates vom 16.9.2020, zum Postulat von Fredy Rellstab, SVP-Fraktion, vom 5.6.2019, betreffend **PV-Anlage auf dem Dach des Gemeindezentrums in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4469 / A
8. Interpellation von Etienne Winter und Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 2.12.2019 betreffend **PV-Anlagen auf Gemeindeligenschaften**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4498 / A
9. Interpellation von Ueli Keller, Grüne, vom 3.2.2020, betreffend **Funkantennen – insbesondere 5G**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4508 / A
10. Interpellation von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 19.2.2020, betreffend **Reinigungspersonal in den Allschwiler Gebäuden**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4509 / A
11. Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 19.2.2020, betreffend **öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4510
12. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend **Denkmalschutz Schulhaus Gartenstrasse**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4522

13. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend
Denkmalschutz Portierhaus im Gewerbequartier Ziegelei
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4523
14. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend
Lärmsanierung Baslerstrasse
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4521
15. Bericht des Gemeinderates vom 16.9.2020, zum Postulat
von der CVP-Fraktion, vom 18.9.2018, betreffend
Errichtung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4411 / A
16. Postulat von Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 9.6.2020,
betreffend **Kulturraum in den historischen Werkhallen des Ziegeleiareals**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4520

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 4 vom 4. November 2020

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Christian Kellermann

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Christian Kellermann, Präsident: Geschätzte Einwohnerrätinnen, geschätzte Einwohnerräte, geschätzte Kollegen des Gemeinderates, der später eintreffen wird. Ich begrüsse Sie herzlich zur Plenarsitzung vom 4. November 20, dem historischen Tag der USA-Wahlen. Momentan ist alles noch

offen. Falls wir Neuigkeiten dazu haben, können wir es kurz einblenden. Entschuldigt ist heute Swen Wyss, verspätet Claudia Sigel. Weitere Entschuldigungen liegen mir nicht vor. Ruedi Spinnler führt durch die Präsenz.

Wir kommen zu den Mitteilungen des Einwohnerratsbüros. Die Sitzung findet gemäss BAG-Richtlinien unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Weiterhin gelten die Hygienemassnahmen und Abstandsregeln. Zusätzlich gilt überall im Schulgebäude Maskentragepflicht, ausser am Platz, wo Sie sich jetzt befinden. Verpflegung und Kaffee werden wir in der Pause am Platz einnehmen. Ich bitte Sie, den Kaffee gestaffelt rauszulassen. Wir haben alles bereits ausgelegt. Jene, die hereingekommen sind, haben es vielleicht schon mitgenommen, jene, die es noch nicht getan haben, können es dann in der Pause noch holen. Bitte darauf achten, den 1,5m-Abstand einzuhalten. Die Pause werden wir auf 15 Minuten beschränken. Die heutige Sitzung wird ausnahmsweise eine halbe Stunde länger dauern, d.h. bis 21.30 Uhr, damit wir die aufgeschobenen Geschäfte schlussendlich auch weiterbearbeiten können. Die Kommissionssprecher bleiben am Platz. Noch eine Bitte: bei den Stimmwahlen die Stimmkarten deutlich aufstrecken, so dass wir sie gut auszählen können.

Es liegen mir keine dringlichen Interpellationen vor. Vorgelegt wurde ein dringliches Verfahrenspostulat der SVP. Für die Dringlichkeit ist eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Ich erteile das Wort Florian Spiegel für das Votum der Dringlichkeit, wenn es gewünscht ist.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich versuche, mich nur auf die Dringlichkeit zu fokussieren und denke, dass der vorliegende Antrag im Zusammenhang mit den letzten Mittwoch bekannt gegebenen, schärferen Massnahmen, die auch, glaube ich, noch auf längere Zeit gelten werden, es absolut sinnvoll ist, dass wir dieses Thema betreffend Sitzungsabhaltung beraten. Ich bitte Sie daher, damit wir es schon heute machen können, weil wir ja bereits mittendrin sind, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Christian Kellermann, Präsident: Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, würde dies bitte mit Kartenerheben bezeugen.

://:

Ein 2/3-Mehr wären 26 Stimmen. Sie haben dieser Dringlichkeit mit 34 Ja, 3 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt.

Christian Kellermann, Präsident: Übrige Postulate sind eingegangen: Einwohnerratsgeschäft 4537, kleine Anfrage betreffend amtliche Publikation - gratis Gemeindezeitung? von René Amstutz, Grüne. Dies wurde bereits verschickt. Ich frage an, ob der Postulant das Wort zu seinem Geschäft wünscht. Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich gebe bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt ist.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ganz kurze Frage ans Büro, Entschuldigung, werter Präsident. Wir haben seit längerem Geschäfte, bei denen der Gemeinderat bereit ist, sie entgegenzunehmen. Die werden nicht immer überwiesen, haben immer schon ein bisschen lange Zeit. Meine Frage ist einfach, ob man diese Geschäfte nicht vielleicht gegen Schluss der Sitzung, sofern es keine Gegenanträge gibt, einfach noch überweisen könnte, damit die Gemeinde daran arbeiten kann und wir nicht ein halbes Jahr verlieren, bis der Einwohnerrat so ein Geschäft überweist. Das Büro könnte vielleicht einfach so zehn Minuten vor Sitzungsende den Antrag stellen, ob wir das noch vorziehen können.

Christian Kellermann, Präsident: Besten Dank für diesen Hinweis. Das ist auch in unserem Interesse, die Geschäfte schnell weiter zu geben. Daher auch eine halbe Stunde länger. Wir bemühen uns.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 18.8.2020, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, betreffend Quartierplanung ALBA, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4525 / A

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zur 2. Lesung des Quartierplanreglements und des Quartierplans ALBA. Bei der 2. Lesung würden wir somit die bei der 1. Lesung abgegebenen Anträge der KBU sowohl auch der Grünen Partei abstimmen. Gibt es sonstige, allgemeine, neue Aspekte, die besprochen werden sollten?

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte eine Rückweisung dieses Geschäfts beantragen, wie es nun grundsätzlich für die 2. Lesung vorliegt. Wir haben bei der 1. Lesung angeregt, dass man diese Bachgrabenplanung insbesondere nun im Bereich Alba entschleunigt. Dieser Anregung hat der Gemeinderat keine Folge geleistet. Deshalb können wir nun dem Geschäft, in dieser Form, wie es weiterhin grundsätzlich vorliegt, nicht zustimmen, und wir beantragen eine Rückweisung. Ich begründe es so kurz wie möglich: Die Entwicklung des Bachgrabens, oder wie es heisst der Bachgrabenboom, nimmt eine Dimension an, die ökologisch, ökonomisch und sozial keine günstige Perspektive eröffnet. Zur ökonomischen kann ich sagen, dass kein Finanzierungskonzept vorliegt, welches den Return of Investment für die Gemeinde so sicherstellt, dass absehbar ist, ob es bewältigt werden kann, ob die Infrastrukturkosten, die damit verbunden sind, überhaupt bewältigbar sind. Ökologisch weise ich speziell darauf hin, dass für dieses Bachgrabengebiet ein Verkehrskonzept fehlt. Ein Verkehrskonzept, welches verbindlich zukunftsfähig einerseits mit den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt und andererseits Frankreich vereinbart ist. Ein wichtiger Aspekt, der häufig vergessen wird, ist der soziale. Das Bachgrabengebiet droht, eine Stadt am Rand von Allschwil zu werden. Das hat damit zu tun, dass es eben am Rand ein Fremdkörper zu werden droht und andererseits, dass bei dieser Überbauung etwas fehlt, was heute eigentlich bei einer zukunftsfähigen Planung selbstverständlich ist, nämlich eine Durchmischung von Wohnen und Arbeiten. Aus diesen Gründen, ich wiederhole es noch einmal, beantragen wir eine Rückweisung.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Gemeinderat bittet Sie, diesem Antrag nicht stattzugeben, resp. diesen Antrag abzulehnen. Dies aus folgenden Gründen: Das Schweizer Volk und das Baselbieter Volk haben in je einer Volksabstimmung bereits die finanziellen Abfederungen, nämlich die sogenannten Infrastrukturbeiträge, resp. die Mehrwertabgaben abgelehnt. Also Ueli, ich möchte daran erinnern, das war ein demokratischer Entscheid. Weiter konnten wir im Februar dieses Jahres darüber abstimmen, ob man die Infrastrukturkosten mit der sog. Mietrechtsinitiative gesamtschweizerisch ändern möchte. Auch da gab es einen klaren Entscheid des Schweizer Volks, dass das nicht der Fall ist, und dass man das so nicht tun kann. Weiter wurden im REK, in der Vernehmlassung, das am 12. Juni 2018 dem Einwohnerrat vorgestellt und praktisch einstimmig gutgeheissen wurde, genau diese Fragen, die du nun aufgeworfen hast, auch gestellt und vom Gemeinderat entsprechend beantwortet, dass man das nämlich in der nächsten Revision des Siedlungsreglements aufnehmen will. Es ging genau um diese Fragen. Soll es ein Arbeitsplatzgebiet mit reinem Arbeitsplatzvolumen ohne Wohnanteil bleiben? Dies wurde von einer Mehrheit der Leute, die an der Mitwirkung teilnehmen konnten, verneint. Es ist also klar, dass die meisten Leute, die mitgewirkt haben, sich dagegen ausgesprochen haben. Auch dem Gemeinderat ist es klar, dass das ein Arbeitsplatzgebiet von kantonaler Bedeutung ist und zum jetzigen Zeitpunkt kein Mix angesagt ist. Was in zwei Jahren sein wird, wenn aufgrund des REK 2035 die Zonenplanung und das Zonenplanreglement neu erarbeitet werden muss, und was dann im neuen Zonenreglement drin stehen wird, dies auch selbstverständlich wieder mit einer Mitwirkung, mit einem Mitwirkungsbericht, mit einem Planungsbericht und schlussendlich wird es auch im Einwohnerrat tatsächlich Gegenstand der Debatte und Diskussion sein. Das sind mehr als genug Gründe, dass man heute sagt, wir wollen diesen Quartierplan so wie er jetzt ist, dann mit von der KBU vorgeschlagenen Änderungen, denen sich der Gemeinderat zum grossen Teil anschliessen kann - ich werde dann noch zu drei Dingen etwas sagen, denen sich der Gemeinderat nicht anschliessen kann. Der Gemeinderat möchte Sie heute Abend tatsächlich bitten, nicht auf diesen Antrag einzutreten.

Ich möchte noch schnell klarstellen, dass genau dieser Bau, Alba, ein Teil der Durchmischung werden soll. Weil genau da sollen Erdgeschossnutzungen zu günstigen Preisen erfolgen. Dadurch fördern wir unsere KMU, das soll helfen, damit dieses Gebiet nicht zu einem reinen Cluster von Bio-, resp. Pharmazenter plus Zuliefern wird, sondern dort soll eine Durchmischung stattfinden. Ausgerechnet bei diesem Projekt, welches eine einigermaßen Durchmischung zulassen soll, soll man nun nicht darauf eintreten, resp. soll es zurückgewiesen werden. Ein solcher Rückweisungsantrag ist auch zeitlich nicht begrenzt, d.h. es wird auf Dauer nicht das entstehen, was eigentlich mit den Kalkulationen, mit den Grundeigentümern entstehen könnte, nämlich ein Ort, wo Fläche zu einem wirklich günstigen Preis gemietet werden kann, von KMU, die sich dort eine Existenz aufbauen können. Ich habe vorerst geschlossen und melde mich nachher noch einmal, wenn es um die einzelnen Anträge geht, wenn Sie diesen Antrag der Rückweisung hoffentlich abgelehnt haben.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe schon einmal in der Septembersitzung schon einmal Fragen zu diesem Bachgrabengebiet gestellt. Das war ehrlich gesagt eher intuitiv und spontan. Ich erschrak eigentlich erst über die Dimension, die es insgesamt annimmt, als ich nachher den Artikel in der Schweiz am Sonntag gelesen habe, da bin ich wirklich erschrocken. Ich bin zweitens auch erschrocken über die Naivität, die ich der Classe politique unterstelle, dass sich die Probleme von selbst lösen werden. Das glaube ich nicht. Was ich zuletzt sagen möchte: Selbstverständlich - das haben wir auch in der Fraktion diskutiert - ist uns klar, dass wir mit einer Rückweisung von Alba das Problem überhaupt nicht lösen können. Damit ist nur eine Entschleunigung möglich. Selbstverständlich gehen auch wir davon aus, dass mit der Zonenplanung die Situation grundsätzlich, wirklich grundsätzlich im Bachgrabengebiet auf einen modernen Stand gebracht werden muss. Ich erinnere daran, der Beschluss, den man mal grob abgesteckt hat, ist schon länger als zehn Jahre her. Seither hat sich viel verändert. Danke.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte kurz auf die angepriesene KMU-Förderung eingehen. Grundsätzlich ist sie zu begrüßen, das finde auch ich eine gute Sache. Nur, ob dieses Projekt nun wirklich eine so riesige Förderung darstellt, würde ich bezweifeln. Es geht um 500 von 30'000 m², die auf diesem Areal gebaut werden. Das sind 1,5 % der Fläche, welche vergünstigt abgegeben werden sollen. Dass das nur mit einem solchen Projekt realisierbar ist, ist für mich nicht ganz plausibel. Zudem ist es so, dass die Förderung daran gebunden ist, dass man dann auch an diesem Ort etwas mieten muss. D.h., es schliesst schon bereits viele andere aus, für die dieser Ort nicht geeignet ist, sei es, weil sie eine Werkstatt benötigen, sei es, weil sie Lagergebäude benötigen oder einfach die Räumlichkeiten nicht geeignet sind. Sie haben keine Chance, diese Förderung zu erhalten. Weiter ist es so, dass es relativ unklar ist, wer denn genau von dieser Förderung profitieren kann und wer das bestimmt, denn schlussendlich ist es ein Teil des Mehrwerts, welcher der Gemeinde zusteht, welche nun in Form von Mietzinsvergünstigungen gebraucht wird. Die Gemeinde gibt nachher aber völlig aus der Hand, wer davon profitieren kann, denn es gibt kein Reglement, es heisst nur Umsatzschwache und NGO usw., was eine gute Absicht ist. Aber was bedeutet umsatzschwach? Was ist, wenn eine Firma nach drei Jahren Gewinn erwirtschaftet, muss sie dann ausziehen? Wer entscheidet das? Was ist, wenn es mehr Interessenten für mehr als diese 500 m² gibt? Wer entscheidet dann, wer zum Zug kommt? Für mich gibt es noch relativ viele Fragezeichen. Die Verhältnismässigkeit des ganzen Projekts zur Förderung steht in keinem Verhältnis.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Rückweisung dieses Geschäfts. Wer es zurückweisen will, soll dies mit der Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Geschäft mit 28 Nein, 9 Ja und 1 Enthaltung nicht zurückgewiesen.

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zur 2. Lesung des Geschäfts 4525/A. Ich bitte die 2. Vizepräsidentin, diese paragrafenweise durchzuführen.

Erlass Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 2 Art und Mass der baulichen Nutzung Seite 1

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Die KBU möchte analog QP Idorsia die textliche Präzisierung:

„Für das Quartierplanareal sind folgende Ziele einzuhalten: Effiziente Energienutzung, nachhaltige Energieversorgung. Mindestens 80 % des Wärmeenergiebedarfs Heizung und Warmwasser sind durch erneuerbare, CO2-neutrale Energieträger zu erbringen, anzustreben sind 100 %.“

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wir stellen wiederum die Anträge einander gegenüber. ... Es gibt noch ein Votum.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich persönlich finde immer noch, die Version des Gemeinderats gut. Aber der Gemeinderat kann sich durchaus der Version der KBU anschliessen. Denn eigentlich ändert es nichts an der Tatsache.

Christian Kellermann, Präsident: Gut. Dann kommen wir nun zur Abstimmung. Wie gesagt, eine Gegenüberstellung des vorgegebenen Quartierplans zum Antrag der KBU. Wer dem KBU-Antrag zustimmen möchte, soll dies mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dem KBU-Antrag zugestimmt mit 37 Ja und 1 Enthaltung.

§ 3 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten Seite 3

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Ja, hier möchten wir Absatz 1 ändern, so dass die maximale Tiefe dieser Zwischenbauten von 26 m auf *maximal 13 m* halbiert wird.

Christoph Morat, Gemeinderat: Die Reduzierung der maximalen Tiefe dieser Verbindungsbauten auf 13 m kann der Gemeinderat aus städtebaulicher und ökologischer Sicht klar nachvollziehen. Der Antrag der KBU wird auch vom Gemeinderat unterstützt.

Christian Kellermann, Präsident: Kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag der KBU mit maximaler Breite von 13 m zustimmen möchte, soll dies mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem KBU-Antrag einstimmig (38) zugestimmt.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Dankeschön. Ich habe noch eine Frage an den Gemeinderat betreffend diesen § 3. Wir haben den Quartierplan vorliegend und im § 3 geht es genau um den Baubereich A mit 40 m. Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen: Im Masterplan von Baselink ist ganz klar festgeschrieben - das ist auch, womit Sie überall hingehen -, dass die Maximalhöhe der Gebäude 20 m ist. Nun haben wir einen Quartierplan, in dem wir bereits bei 40 m sind. Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen, inwiefern er mit den Verantwortlichen im Austausch steht und mit wie vielen Quartierplänen wir rechnen müssen, welche die 20 m übersteigen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Florian Spiegel, ein ganz guter Punkt. Es ist so, dass die zwei untersten Parzellen - d.h. wir reden nun über jene Parzelle, die wir in diesem Quartierplan haben - nicht von Anfang an Teil des Bürgerspitals waren. Das Bürgerspital war mit der damaligen EBM, heutigen Primeo Energy, eine Kooperation eingegangen. Aber diese Parzelle war immer Privateigentum. Ich gehe davon aus, dass sich die neuen Eigentümer, IP Bachgraben AG, mit dem Bürgerspital darauf geeinigt haben, dass sie dem Quartierplan am Ende dieses langen, 74'000 m² grossen Gebiets Baselink zustimmen würden. Dem Gemeinderat ist auch nicht bekannt, ob sich das Bürgerspital dagegen wehren würde. Im Gegenteil, städtebaulich ist es natürlich eine Aufwertung und ein Auftakt, wenn gleich am Anfang ein 40m-Bau steht. Ich kann Sie beruhigen, da kommen

wahrscheinlich keine Quartierpläne von anderen Baurechtnehmern mehr, denn der Grundeigentümer, das Bürgerspital, würde bei den Baurechtnehmern den anderen Parzellen zustimmen müssen. Ich gehe davon aus, dass sie das nicht tun werden. Aber bei den zwei Parzellen, zuunterst an der Lachenstrasse gelegen, war die Situation ein wenig anders, denn dies war früher eben Grundeigentum der EBM und heute der IP Bachgraben AG.

Christian Kellermann, Präsident: Ist die Frage beantwortet, Florian Spiegel?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ja, ist beantwortet. Festhalten möchte ich aber gleichwohl, dass sie im Masterplan trotzdem schon eingezeichnet und ausgewiesen war. Es ist also nicht so, dass sie nicht drin war, das möchte ich festgehalten haben.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich würde gerne diese Frage noch ergänzen. Wir haben jetzt über das Baselink-Areal gesprochen. Auf der anderen Seite Idorsia haben wir nun auch 40m-Gebäude. Wie sieht es im restlichen Gebiet aus? Danke schön.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich glaube, ich habe in beiden letzten Sitzungen bereits auf diesen Hochhausplan hinweisen dürfen, der an gewissen Orten tatsächlich von Fachleuten eruiert wurde. Ich bin mir fast sicher, Sie finden im Planungsbericht eine Zeichnung, auf der solche Bereiche mit Magenta eingezeichnet, ausgewiesen sind, in denen man tatsächlich höher bauen könnte. Neben diesen zwei Bauten sind es vielleicht noch zwei, drei Orte, wenn es mir recht ist, ich müsste auch schnell im Planungsbericht nachschauen. Wir, der Gemeinderat hat zusammen mit Fachleuten unter Führung eines versierten Büros, die Frage nach den höheren Bauten im ganzen Quartier vertieft angeschaut, auch zusammen mit dem Bauausschuss. Wir kamen zum Schluss, dass es an gewissen Punkten tatsächlich von Vorteil sein kann, wenn wir höher bauen, aber sicher nicht über das Ganze hinweg. Man nahm eine gewisse Prozentzahl an, ich meine die ist so 5 oder 10 %, da bin ich mir nicht mehr sicher. Jedenfalls hat man diese Frage vertieft angeschaut.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte nur schnell die Aussage korrigieren. Im Plan sind im Ganzen sieben solche magentafarbene Punkte eingezeichnet und es sind 10 %.

Simone Meier, 2. Vizepräsidentin: Wir haben einen zweiten Antrag der KBU.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Danke, ich dachte, die Diskussion ginge noch weiter, deshalb habe ich noch zugewartet. Betreffend Dachform haben wir analog Idorsia den Antrag, dass der Text „Die Dachform der Hauptbauten ist frei.“ zu
„Für die Dachform der Hauptbauten ist grundsätzlich das Flachdach zu wählen.“ abgeändert wird.

Christoph Morat, Gemeinderat: Auch diesem Antrag der KBU kann sich der Gemeinderat anschliessen. Wer dem Antrag der KBU zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 37 Ja und 1 Enthaltung zugestimmt.

§ 4 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraumes Seite 4

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Herzlichen Dank. Auch hier haben wir eine sprachliche Präzisierung analog QP Idorsia.

„Die Bepflanzung muss artenreich und mit einheimischen und standortgerechten Arten erfolgen.“

Christoph Morat, Gemeinderat: Auch diese Diskussion haben wir im letzten Quartierplan Idorsia gewaltet, und der Gemeinderat kann sich dieser jetzigen Formulierung anschliessen.

Christian Kellermann, Präsident: Wir stimmen wiederum ab. Wer dem KBU-Antrag, dem der Gemeinderat folgen will, zustimmen möchte, bezeugt das bitte mit Karte.

://:

Sie haben diesem Antrag einstimmig mit 38 Stimmen zugestimmt).

Simone Meier, 2. Vizepräsidentin: Auch hier gibt es einen weiteren Antrag. Von der SP.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich dachte es gäbe auch noch einen von der KBU, der dasselbe sagt. Deshalb ziehe ich meinen zurück.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Herzlichen Dank. Also, wir haben den Antrag der SP in der KBU diskutiert und waren der Meinung, dass es schade wäre, wenn wir dem Quartierplanersteller die Möglichkeit wegnähmen, zu wählen, ob er nur eine Baumreihe mit grosskronigen Bäumen pflanzen könnte und keine Baumgruppe. Deshalb haben wir den Antrag der KBU formuliert, der sich im Wesentlichen vom Antrag der SP insofern unterscheidet, dass man eben die Baumgruppe drin lässt und zusätzlich schreibt, dass die 3 Bäume entlang der Lachenstrasse ebenfalls grosskronig sein müssen, auch wenn sie in einer Baumreihe gepflanzt werden.

Christoph Morat, Gemeinderat: Auch der Gemeinderat kann sich dem anschliessen, wenn es nur um die Änderung des Wortes „grosskronig“ und um die gewisse Freiheit für den Quartierplanersteller, ob er nun eine Baumgruppe oder grosskronige Bäume machen will. Das ist okay.

Christian Kellermann, Präsident: Der Antrag der SP wurde zurückgezogen. Somit stimmen wir nun wieder über den Antrag der KBU gegenüber demjenigen des Quartierplans ab. Wer dem Antrag der KBU mit dem Zusatz „grosskronig“ zustimmen möchte, soll dies bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

§ 5 Erschliessung und Parkierung Seite 5

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Darüber haben wir auch letztes Mal schon diskutiert. Wir möchten den Wert des MIV-Modalsplits im QP festhalten und nicht nur darauf hinweisen, dass er gemäss Mobilitätskonzept umzusetzen ist. In der letzten Einwohnerratssitzung kam auch das Thema auf, dass man den Zeitpunkt, bis wann die 30 % in Kraft zu treten haben, definieren sollte. Das haben wir in der Kommission ebenfalls diskutiert und sind der Meinung, dass zum heutigen Zeitpunkt es nichts gibt, d.h. keine Belastung der Strassen mit MIV durch dieses Bauvorhaben. Deshalb ist es hinfällig, dass man definiert, ab wann es in Kraft zu treten hat. Sondern, wenn das Gebäude steht und in Betrieb genommen wird, soll der MIV nicht mehr als 30 % betragen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Geschätzte Damen und Herren. Jede Harmonie hört irgendwann auf. Jetzt sind wir am Punkt, an dem der Gemeinderat definitiv nicht mehr dafür sein kann, dass man diesem Antrag zustimmt. Aufgrund der Beschlüsse des Einwohnerrats zum Mobilitätskonzept des Quartierplans Idorsia hat das begleitende Raumplanungsbüro Stierli & Ruggli die Rechtmässigkeit der Festlegung des MIV-Anteils im Quartierplanreglement in Frage gestellt. Nach Rücksprache mit der Rechtsabteilung der Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Basel-Landschaft und dem Amt für Raumplanung, welches diese Quartierpläne zusammen mit dem Regierungsrat schlussendlich bewilligt, werden in einem Quartierplan Sachverhalte geregelt, die sich auf den Quartierplanperimeter, also auf das vom Quartierplan belegte Gebiet beziehen. Ich möchte die Rechtsabteilung der Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Basel-Landschaft aus einem Mail zitieren. Dieses Mail wurde am 29. Oktober 2020 geschrieben: *„Diese im Quartierplan geregelten Sachverhalte sind für die Grundeigentümerschaft des Quartierplans verbindlich. Sachverhalte, die nicht im Einflussbereich der Grundeigentümerschaft liegen, können im Quartierplan nicht geregelt werden, weil sie letztlich (durch die Grundeigentümerschaft) nicht umsetzbar wären. [...] Wenn also die Grundeigentümerschaft via Quartierplanreglement verpflichtet werden soll, dass der MIV-Anteil am Modalsplit in einem Mass gesenkt werden soll, wie dies gemäss dem Antrag vorgesehen ist, kann dies die Grundeigentümerschaft nicht selbstständig beeinflussen. Insofern mangelt es den vorgesehenen Regelungen an der Bestimmtheit und Umsetzbarkeit. Solche Regeln widersprechen damit dem verfassungsmässigen Grundsatz, dass Gesetze, wozu auch kommunale Reglemente zählen, genügend bestimmt sein müssen.“* Zitat Ende. Ich habe Ihnen das letzte Mal bei Idorsia das Beispiel vom Mitarbeiter, der vielleicht aus Frankreich kommt und ihn seine Frau jeden Morgen dorthin fährt und jeden Abend wieder abholt, gebracht. Das ist vielleicht etwas zugespitzt formuliert, aber genau so könnte es sich zutragen. Das kann der Grundeigentümer nicht beeinflussen. Aus diesem Grund ist auch dieser Wert nicht opportun. Sie schlagen 30 % vor, die Fachplaner des Verkehrsplanungsbüro Rapp haben ausgerechnet, dass 39 % durchaus möglich sind. Es ist löblich, wenn der Einwohnerrat

sagt, wir müssen runterkommen. Der Gemeinderat ist auch dieser Meinung. Aber wenn man das auf einzelne Parzellen herunterbricht oder jetzt auf diesen Quartierplan, dann hält das vermutlich nicht Stand. Ich bin nicht sicher, ob wir diesen Quartierplan Idorsia wegen dieser Formulierung - dort waren es glaube ich 43 %, die der Einwohnerrat beschlossen hat - noch einmal sehen werden. Sie können sich vielleicht erinnern, bei Wegmatten hatten wir mal eine solche Diskussion, die wegen Hochwasser nicht ganz klar vom Regierungsrat bewilligungsfähig war. Dann hat er es auch wieder zurückgeschickt, und wir mussten nachbessern. Es könnte also durchaus sein, dass wir uns hier in einem Bereich bewegen, der rechtlich nicht ganz einwandfrei ist, und wahrscheinlich auch nicht Stand halten wird. Aus diesem Grund bittet Sie der Gemeinderat, von dieser Verschärfung auf 30 % abzusehen und die Fachmeinungen gelten zu lassen, die grundsätzlich sagen, 39 % ist möglich. Auch nicht von heute auf morgen, sondern zu einem gewissen Zeitraum. Denn die Leute benötigen auch einen bestimmten Vorlauf. Man weiss heute auch noch gar nicht, wer als Mieter in dieses Gebiet kommt. Tatsache ist, dass im ganzen Bachgrabengebiet der Modalsplit eigentlich geändert werden sollte. Aufgrund des REK hat der Gemeinderat auch eine Stadtplanung Bachgrabengebiet in Auftrag gegeben, die sich rein um den Verkehr kümmert. Darin wurde bereits festgestellt, dass der MIV mit 64 % zu hoch ist und er auf ungefähr 43 % gesenkt werden sollte. Dazu soll jede Parzelle ihren Teil beitragen. Aufgrund eines Quartierplans ist das aber wahrscheinlich, so wie es die Rechtsabteilung geschrieben hat, dass man nicht einem Einzelnen zusätzliche Lasten aufdrücken kann, die er selbst nicht beeinflussen kann. Der Gemeinderat bittet Sie, diesen Antrag der KBU abzulehnen und der Version des Gemeinderates, die fundiert erarbeitet wurde, den Vorzug zu geben.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Gut, das war nun viel, ich habe auch viele Antworten darauf. Ich finde es schon speziell. Wir haben laut der Aussage von letztem Mal das beste Mobilitätskonzept, das es im Kanton Basel-Landschaft gibt. Aber derjenige, der es umsetzen muss, hat keinen Einfluss darauf, dass irgendetwas nützt. Ich weiss nicht, weshalb es das beste Mobilitätskonzept braucht, wenn es am Schluss nichts bringt, auf gut Deutsch gesagt. Das war eigentlich die Aussage, also der Quartierplannutzer kann sowieso nichts tun, er hat zwar dieses Mobilitätskonzept, aber das bringt im Grunde genommen nichts. Zu den Fachleuten, die sagen, 39 % ist ein Ziel. Dieselben schreiben in ihrem Mobilitätsbericht zum Quartierplan, dass, wenn alle Massnahmen umgesetzt werden, kommt man auf einen MIV-Anteil von 19 %. Ich weiss nicht, wie man dann ein Ziel von 39 % setzen kann. Das sind genau dieselben Fachleute, und es steht 1:1 so im Bericht. Weiter geht es. Dieser Quartierplan darf im Vergleich zu allen anderen einen viel grösseren Reduktionsfaktor anwenden. Er ist also nicht ein Einzelner, der hier unberechtigt behandelt wird, sondern er darf auch viel weniger Parkplätze bauen. Es sind irgendwo um die 200 Parkplätze für ungefähr 1'000 Arbeitsplätze, die vorgerechnet werden. Dies entspricht auch in etwa 20 %. Ich weiss auch nicht, wie man einen MIV-Anteil von 39 % erreichen kann, wenn man nur 200 Parkplätze hat. 39 % von 1'000 sind rund 400. Ich weiss nicht, wo die 200 dann genau ihre Autos hinstellen werden. Zum Rechtlichen: Klar, ich hätte es lieber gesehen, wenn das Mobilitätskonzept eine Linie drin, mit der klar ist, was das Ziel ist und wie alles zusammenhängt. Leider ist es dem Einwohnerrat nicht möglich, am Mobilitätskonzept etwas zu ändern. Schlussendlich würde uns nur übrig bleiben, den ganzen Quartierplan abzulehnen. Dazu möchte ich noch bemerken: In anderen Kantonen gibt es sehr wohl solche Vorschriften, es gibt in anderen Kantonen Fahrtenmodelle, die man aufnehmen kann, bei denen auch eine Höchstgrenze in solchen Quartierplänen festgelegt wird, wo Einkaufszentren und ähnliches maximale Fahrten nicht überschreiten dürfen, ansonsten gebüsst werden. Ob das nun rechtlich wirklich gar nicht möglich ist, bezweifle ich mal. Zu guter Letzt geht es darum, dass am Schluss die Arbeitnehmenden, die dort arbeiten müssen, die Leidtragenden sind, weil, wenn der Quartierplanbenutzer sagen kann, ich habe 39 %, ich muss nichts mehr tun, wird es eben Leute geben, die keinen Parkplatz haben, und die sind auf sich alleine gestellt. Dabei wäre es genau die Idee, dass am Schluss der Quartierplannutzer Massnahmen ergreifen und ihnen helfen soll, damit sie auch arbeiten kommen können, ohne dass sie mit dem Auto kommen müssen, dass sie Massnahmen ergreifen und eine Unterstützung haben. Am Schluss sind einfach die Arbeitnehmenden die Leidtragenden, die wenige Angebote haben, keine Unterstützung haben. Deshalb möchte ich bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Der erste Punkt, den ich mir notiert habe, ist: Das war nicht das Mobilitätskonzept, sondern das war das Mobilitätskonzept von Idorsia, welches weitherum im Kanton gelobt wurde. Wir haben grundsätzlich zwei unterschiedliche Dinge. Bei Idorsia ist klar, wer der Mieter ist, und es ist auch klar, wer über die verschiedenen Büros oder Labors die Hand darüber hält. Bei Alba haben wir ein bisschen eine andere Situation. Erstens gibt es in diesem Baselink-Areal von 74'000 m² nur zwei Parkhäuser. D.h. es gibt eine gewisse Anzahl Parkplätze, die dort überhaupt erstellt werden können. Dann werden Sie sich in nächster Zeit mit einem Parkraumkonzept in Allschwil auseinandersetzen müssen, wieder mit einem Parkraumkonzept auseinandersetzen

müssen. Darin kann man gewisse Dinge regeln, z.B. wie es um die öffentlichen Parkplätze rings um das ganze Quartier auf den Gemeindestrassen aussieht.

Man hat sich mit dem Kanton auch darauf geeinigt, wie es geschafft wird, dass man den MIV herunterbekommt. Nämlich indem man als Begleitmassnahme den Langsamverkehr, den Veloverkehr fördert. Das ist klar die Aufgabe der Gemeinde Allschwil. Das sind der Veloweg und die Veloverbindungen ins Siedlungsgebiet über den Bachgraben. Die nächste wird, glaube ich, demnächst eröffnet, wenn es mir recht ist nächste Woche oder so. Des Weiteren hat man mit dem Kanton vereinbart, dass man sich überlegt, was man auf dem Hegenheimermattweg - das ist eigentlich ein sehr gut erschlossenes Gebiet, ist sogar Verkehrserschliessung Güteklasse A, da gibt es einige Bushütten - machen kann, bis dass dort ein Tram fährt. Das Ziel wäre eigentlich, dass auch dort ein Tram fährt. Der Gemeinderat war letzte Woche mit der Regiokommission des Grossen Rats zusammen, wobei wir genau dieses Problem auch angesprochen haben. Wann kommt das Tram? Es wurde uns versichert, dass das auch im Grossrat in Basel Thema ist, denn der Abnehmer an der Kantonsgrenze ist der Kanton Basel-Stadt. Der muss tatsächlich in nützlicher Frist einen Weg finden, wie er dieses Tram ins Gebiet am Bachgraben bringen möchte. Wir haben die Aufgaben klar aufgeteilt. Es geht allerdings eine Weile. Wenn Sie das Mobilitätskonzept gelesen haben, steht da zwar schon drin 19 %, aber das ist in weiter Zukunft, wenn alle Massnahmen umgesetzt sein werden. Heute steht dieses Gebäude noch nicht einmal. Es gibt erst einmal eine Baubewilligung für die ersten 20 m. Die möchten so bald als möglich die Baubewilligung für die anderen 20 m. Wenn das Gebäude dann steht, kann man darüber nachdenken, wie man hier weitermacht. Man kann also nicht von Anfang an auf 19 % herunter. Das steht aber in diesem Mobilitätskonzept drin. Es heisst dort, zu Beginn 39 %. Dies kann man mit vielen Massnahmen reduzieren. Aber dazu muss man wissen, wer ist Mieter und wer kommt in dieses Gebäude hinein. Dies steht zum heutigen Zeitpunkt noch nicht fest.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ob man das zu Beginn nicht erreichen kann, weiss ich nicht, will ich nicht darauf eingehen. Was zumindest klar ist, dass es zu Beginn immer auch nur 200 Parkplätze gibt. Es hat nicht irgendwie 500 und anschliessend kann man das reduzieren. Es stehen vom ersten Tag an in diesem Gebäude maximal 200 Parkplätze zur Verfügung. Ich kann nicht verstehen, wie das grundsätzlich funktionieren soll. Zum anderen: Natürlich ergreift die Gemeinde Massnahmen, die aufgezählt wurden. Das kann durch die Verkehrssituation verbessert werden. Aber es geht genau darum, dass auch die Arbeitgebenden von diesem Quartierplan etwas machen müssen und mithelfen, ein Carpooling zu organisieren, ein Sammeltaxi aus Frankreich zu organisieren, dass sie auch mitarbeiten und nicht nur die Gemeinde alles übernehmen muss. Ich glaube auch, das ist ein Vorteil, wenn die Mieter nicht bekannt sind. Man kann gleich von Anfang an mit jedem Mieter klar kommunizieren: Falls ihr hier einziehen wollt, dann habt ihr nur so und so viele Parkplätze zur Verfügung. Das sind klare Bedingungen. Es macht keinen Sinn, die nächsten drei Jahre lang sagen, es ist egal, ihr könnt kommen, wie ihr wollt, danach muss man reduzieren. Das ist für diese Mieter auch albern. Für sie muss es von vornherein klar sein. Dies lässt sich bereits bei den Mietverhandlungen einbringen. Ich sehe da kein Problem.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ja, das ist richtig. Aber, sagen wir mal so: Die Investoren sind daran interessiert, dass die Leute dort hinkommen und dass es nicht jeden Tag einen grossen Streit gibt, sondern die werden das mit ihren Mietern in ihren Mietverträgen ganz sicher festhalten. Alles andere wäre aus meiner Sicht nicht sehr schlau. Der Gemeinderat möchte sich aber verwehren, in Privatrecht einzugreifen, weil Mietverträge, das wissen Sie, Sache zwischen Vermieter und Mieter ist, zwischen Verpächter und Pächter. Das soll dann tatsächlich in den Mietverträgen abgehandelt werden. Ich bin sicher, dass wenn eine Firma wie IP Bachgraben AG ein solches Projekt lanciert, dass sie sich längstens darüber Gedanken gemacht haben, wie sieht der Mix aus und wem können wir was anbieten. Logisch kann man das nicht auf den einzelnen Autoparkplatz runterbrechen. Ich bin sicher, von diesen Leuten gibt es kreative Lösungen, denn sie wissen ja, mehr gibt es nicht. Das ist klar. Ich möchte Sie wirklich bitten, dass man auch aus formalrechtlichen Gründen die 30 % nicht ins Reglement schreibt, sondern nur den Verweis auf dieses Mobilitätskonzept.

Christian Kellermann, Präsident: Wir stimmen ab. Wer dem Antrag der KBU, resp. den 30 % gegenüber dem Gemeindequartierplan 39 % die Stimme geben möchte, soll dies mit Karte bezeugen. Ich wiederhole noch einmal: Wer die 30 % unterstützen möchte, soll dies jetzt mit Karte bezeugen.

://:

Mit 23 Stimmen wurde dem Antrag des Gemeinderats mehrheitlich zugestimmt, mit 14 Nein und 1 Enthaltung.

Simone Meier, 2. Vizepräsidentin: Wir haben einen weiteren Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es geht weiter darum, dass wir ein Ziel haben und der Quartierplannutzer dann ausrechnen und belegen muss, wo er steht. Er kann dann einfach sagen, okay, ich habe nun 39 %, es gibt keine Details. Hinter dem Antrag ist die Idee, dass es, falls es Unklarheiten oder so gibt, der Gemeinderat dann das Recht hat, die Messungen zu überprüfen oder falls nötig, auch eigene Messungen oder Befragungen vorzunehmen. Ist aber nicht zwingend. Es gibt nur die Möglichkeit dazu. Man muss sich bewusst sein, dass das Gebäude je nachdem auch einmal einem anderen Besitzer gehört als dem, der es nun baut.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wir haben das in der Kommission beraten. Der Mehrheit der Kommission geht dieser Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion zu weit. Wir haben ihn abgelehnt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Gemeinderat lehnt beide Anträge ab, ich rede über das Recht auf Kontrolle und auch über den Penalty. Beides hatten wir auch beim letzten Quartierplan. Ich möchte Sie dringend bitten, diesen Anträgen nicht stattzugeben. Ich möchte sogar so weit gehen und Herrn Felice bitten, die Anträge zurück zu ziehen. Denn ich glaube, die sind jetzt obsolet, nachdem nun nichts im Reglement drinsteht.

Christian Kellermann, Präsident: Wir stimmen trotzdem ab. Und zwar geht es um den Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll es mit Karte Erheben bezeugen.

Wir stimmen über den ersten Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion ab. Es sind zwei vorliegend. Den zweiten werden wir anschliessend noch kurz thematisieren.

://:

Der Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion ist mit 25 Nein, zu 10 Ja und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Kommen wir doch gleich noch auf den zweiten Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion. Möchte Sandro Felice noch das Wort dazu ergreifen?

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Genau, ich möchte ergänzen. Es ist kein Penalty. Es gibt keinen Geldwert oder so wie letztes Mal. Es geht einfach darum, dass, wenn man merkt, dass das Ziel mehrfach nicht erreicht wurde und man das Gefühl hat, dass der Quartierplannutzer zu wenig macht und sich nicht darum kümmert, die Gemeinde die Sanktionsmöglichkeit hat und auch schon mal Massnahmen aus diesem Mobilitätskonzept verfügen kann. D.h. es ist eine eingeschränkte Auswahl, es ist nicht irgendetwas, es ist aus diesem Mobilitätskonzept. Zudem steht, dass eine mehrfache Überschreitung des Zielwerts vorhanden sein, damit eine gewisse Verantwortung abgegeben werden kann.

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion zustimmen will, soll es mit Karte bezeugen. Deutlich hochhalten bitte.

://:

Auch hier sind Sie dem Gemeinderat gefolgt, resp. dem Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion nicht zugestimmt mit 27 Nein, 8 Ja und 2 Enthaltungen.

§ 6 Gefahrenzone Seite 6

keine Wortmeldung

§ 7 Abweichungen und Ausnahmen Seite 7

keine Wortmeldung

§ 8 Schlussbestimmungen Seite 8

keine Wortmeldung

Beschlüsse Seite 9

keine Wortmeldung

Quartierplan

keine Wortmeldung

Christian Kellermann, Präsident: Die Beratung über dieses Geschäft 4525 / A ist somit abgeschlossen. Ich stelle fest, dass die 2. Lesung des Quartierplanreglements und Quartierplans damit abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates, Seite 13.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:
1. Dem Quartierplan Alba, bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement wird zugestimmt. Sie werden dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.

Wer dem zustimmen will, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 29 Ja gegen 9 Nein zugestimmt.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte dem Einwohnerrat den Antrag stellen, diesen Beschluss, den er soeben getroffen hat, dem Behördenreferendum zu unterstellen. Der Rückweisungsantrag war eher inhaltlich begründete Sache. Das Behördenreferendum ist auch inhaltlich, aber eher auch eine formal demokratische Angelegenheit. Die Stimmbevölkerung von Allschwil hatte noch nie die Gelegenheit, irgendwie zum Bachgrabenboom Stellung zu nehmen. Mit dem Behördenreferendum würde sich dadurch eröffnen, dass die Stimmbevölkerung sich mit diesem Thema auseinandersetzt und Stellung beziehen kann, was sie zu dieser Entwicklung meint. Es geht hier wiederum nicht ums Gesamte, das ist klar. Mit dem Quartierplan Alba könnte die Stimmbevölkerung, wenn sie das möchte, eine Aussage zu dieser Entwicklung im Detail machen.

Christian Kellermann, Präsident: Wir machen nun zuerst die Schlussabstimmung. Wenn diese Schlussabstimmung nicht erfolgreich ist, kämen wir zur Abstimmung über das Behördenreferendum. Entschuldigung, also: Zuerst die Schlussabstimmung, danach stimmen wir noch über das Referendum ab. Wir werden beides behandeln. Wer dieses Geschäft 4525 / A als Ganzes abschliessen möchte, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Geschäft als Ganzes grossmehrheitlich mit 1 Enthaltung abgeschlossen.

Wer dem Behördenreferendum die Stimme geben möchte, soll das bitte mit Karte bezeugen.

://:

Damit ein Behördenreferendum eingereicht, resp. weitergezogen werden könnte, braucht es 13 Ja-Stimmen. Bei der Abstimmung haben wir nun 7 Ja zu 30 Nein und 1 Enthaltung. Somit wurde der Antrag abgelehnt.

Somit ist das Geschäft insgesamt abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 14.10.2020, betreffend
Sondervorlage Ersatzbeschaffung der Feuerwehr-Autodrehleiter /
Investitionen 2021 (Konto 1501-5060.XX)
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4529

Christian Kellermann, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat an, ob Eintreten bestritten ist. Dann gebe ich das Wort gerne an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Besten Dank, geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Ihnen liegt das Geschäft 4529 vor. Eine Sondervorlage in Sachen Ersatzbeschaffung der Feuerwehr-Autodrehleiter. Wieso überhaupt eine Sondervorlage? Zu Recht stellte man mir diese Frage im Vorfeld. Schliesslich wurde bereits ein Betrag im Budget eingestellt, konkret 850'000 Franken. Es ist aber so, in der Gemeindeordnung § 14 Abs. 2 lit. b ist geregelt: Für übrige, neue, einmalige Ausgaben über 500'000 Franken bedarf es einer Sondervorlage. Somit war dieser Weg eigentlich vorgegeben. Man hätte auch warten können, bis das Budget durch ist. Wir haben uns aber entschieden, nicht die ganze Budgetdebatte mit einer einzelnen, grossen und ausserordentlichen Position zusätzlich zu belasten. Es ist aber auch Chance. Sie, geschätzte Einwohnerräte, umfangreich über die Ersatzbeschaffung dieser Drehleiter zu informieren. Schliesslich ist es auch ein Geschäft, das sich nur ca. alle zwanzig Jahre ergibt. Dementsprechend misst der Bereich Sicherheit diesem Thema grosse Bedeutung zu. Die Ausgangslage ist, dass unsere Drehleiter ihre geplante Lebensdauer von 20 Jahren seit der Anschaffung im Jahr 1996 bereits überschritten hat. Das Ausfallrisiko nimmt zu, auch die Wartungs- und Unterhaltskosten sind stetig gestiegen. Bereits seit zehn Jahren werden gewisse Teile zur elektronischen Steuerung nicht mehr hergestellt. Ersatzsteuerungen sind keine erhältlich, wie auch andere Ersatzteile auf dem Markt nicht mehr vorhanden sind. Diese Situation hat dazu geführt, dass sich eine feuerwehrinterne Arbeitsgruppe zusammengesetzt und Abklärungen getroffen hat, wie man sich dieser herausfordernden Problemstellung annehmen möchte. Ebenso wurde der Grundsatzentscheid zu einer Ersatzbeschaffung einer Drehleiter im Gemeinderat und auch sehr ausführlich in der gemeinderätlichen Sicherheitskommission diskutiert. Dabei legte man von Anfang an grossen Wert darauf, dass unterschiedliche Meinungen und Ansichten gemeinsam fundiert diskutiert und abgeklärt werden konnten. Im Ihnen vorliegenden Bericht sind die Konsequenzen und Auswirkungen ausführlich dargelegt. Es zeigt sich daraus deutlich, dass eine Drehleiter im Einsatzspektrum der Feuerwehr Allschwil -Schönenbuch ein zentrales Instrument ist, das bei einem Ersteinsatz häufig beansprucht wird. Nicht nur bei Bränden, sondern auch bei Einsätzen bei Naturkatastrophen bis hin zu Personenrettungen. Für die Gemeinderat waren verschiedene Aspekte zentral, dass wir Ihnen heute Abend die Annahme dieser Sondervorlage beantragen. Wir bauen in Allschwil verdichtet und in die Höhe. Wir haben komplexe Bauten, welche die Brandbekämpfung und Personenrettung sehr anspruchsvoll machen, inklusive drei grosse Primarschulhäuser mit insgesamt rund 1600 Kindern. Im Einsatzgebiet wohnen ca. 24'000 Leute, was ca. 7 % der Kantonsbevölkerung ausmacht. Schon das allein ist eine komplexe Sache und erfordert unterschiedliche Mittel zum einzelnen Einsatz. So, wie die Feuerwehr nun aufgestellt ist, erfüllt sie einen wichtigen, und stets kompetenten Dienst im Auftrag unser aller Sicherheit. Die Mittelzusammenstellung und die Einsatzdoktrine hat man Hinblick auf die Schaffung des Feuerwehrverbunds mit Schönenbuch im Jahr 2016/17 bestimmt. Sie bewährt sich im Alltag bestens, dies bei rund 120 bis 150 Einsätzen pro Jahr. Der Gemeinderat ist daher auch der Meinung, dass der Feuerwehr auf keinen Fall Mittel entzogen werden dürfen, damit das Funktionieren, so wie es bis jetzt eigentlich funktioniert, auch weiterhin garantiert ist. Besonders kritisch ist, dass sich Allschwil ohne Drehleiterersatz in die Abhängigkeit von anderen Organisationen begeben würde. Wenn eine Feuerwehr Muttenz oder Birsfelden oder auch Basel in Stosszeiten zeitnah nach Allschwil käme, sähe ich das als problematisch an. Wir alle wissen, dass die Zeit im Ernstfall entscheidend ist. Dabei ist auch wichtig zu wissen, dass eine Drehleiter im Ersteinsatz dasjenige Fahrzeug ist, das am schnellsten hingestellt werden muss, weil es sehr viel Platz benötigt. Im Nachhinein hinfahren, um den Brand wirklich bekämpfen zu können, ist immer sehr schwierig, zeitraubend und teilweise schon gar nicht mehr möglich. Ich möchte es auch persönlich nicht verantworten müssen, dass ein Fall eintritt, dass ein zentrales Feuerwehrinspektorat über die Mittelkoordination entscheidet und es dann heissen könnte, dass für Allschwil, liegt es halt mal peripher, keine oder nicht genügend Mittel hätte. Denn es ist so, dass der, welcher die Mittel zuerst beantragt, die dann auch erhält, logischerweise auch erhalten muss. Positiv formuliert ist eine Allschwiler-Drehleiter nicht nur für den Verbund Allschwil-Schönenbuch ein zentrales Einsatzinstrument, sondern auch zur Unterstützung der umliegenden Feuerwehren wichtig. Besonders

bei grossen Einsätzen, wie z.B. beim Brand bei der Thomi-Villa oder in der Stadt in der Rheingasse, ist eine Drehleiter unverzichtbar. Konkret - es waren sogar mehrere aufgeboden. Im letzteren Fall rief man zur Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit der Berufsfeuerwehr die Allschwiler Drehleiter im Lützelhof. Beim Brand der Thomi-Villa war der Beizug einer weiteren Drehleiter einer anderen Feuerwehr ein entscheidendes Teil in der Brandbekämpfung. Ich möchte damit aufzeigen, dass eine Feuerwehr nicht nur in seinem eigenen Gebiet agiert, sondern in einem Verbund, in einem überkommunalen Konstrukt ein wertvolles, unverzichtbares Teil ist, wenn es darauf ankommt. Somit garantieren wir auch weiterhin die Stabilität und Solidarität. Für den Gemeinderat ist daher klar, dass ihm die grösstmögliche Autonomie betreffend Sicherheit ein grosses und zentrales Anliegen ist. Mit der Sicherheit ist nicht zu spassen. So, dass die Überzeugung besteht, dass auch eine Drehleiter im Einsatz unverzichtbar ist.

Nun gibt es, wie beschrieben, unterschiedliche Wege, den Ersatz zu bestreiten. Die Möglichkeiten liegen Ihnen auf Seite 6 und 7 vor und sind detailliert ausgedrückt. Das Fazit fällt zu Gunsten eines Vorführfahrzeugs aus. Wir sind auch in der glücklichen Lage, dass wir gleich von drei Anbietern Offerten entgegennehmen konnten. Das ist nicht immer der Fall. Die einzelnen Beschaffenheiten wurden Ihnen beschrieben. Die Nutzwertanalyse gibt detailliert Auskunft. Ganz am Schluss überwiegt das Angebot der Firma Feumotech.

Ich habe zwar schon lang gesprochen, aber ich muss noch ein paar Worte zur geplanten Umstrukturierung der Feuerwehr durch den Kanton bzw. durch die BGV verlieren, weil dies auch zu diesem Thema gehört. Es wurde angedacht, dass eine Zentralisierung und Teilprofessionalisierung erfolgen soll. Informiert wurde an einer Sitzung am 13. Oktober 2020. Dabei zeigt sich aktuell, dass es ca. drei Regionen geben soll, mit Hauptfeuerwachen und Milizaussenstellen. Es ist etwas unklar dargestellt, aber Allschwil und Binningen sind mittlerweile mit einem Kreis umfasst und wären zusammen also eine solche Milizaussenstelle. Die nächste Hauptwache wäre dementsprechend in Basel oder eben Münchenstein. Es hat sich aber gezeigt, dass noch sehr viel sehr unklar ist. Vor allem, dass gemäss eigener Aussage, nicht vor dem Jahr 2028 mit einer Vernehmlassung überhaupt zu rechnen ist. Schliesslich geht es um nicht weniger als um einen fundamentalen Paradigmenwechsel. Dafür bedarf es auch einer Gesetzesänderung. Noch mindestens acht Jahre Planungsunsicherheit ist für den Gemeinderat ein zu grosses Risiko. Wir wollen uns dem nicht aussetzen, wir wollen die Sicherheit der Allschwiler Bevölkerung selbst in der Hand haben und mit eigenen Mitteln zweckmässig sicherstellen können. Dafür erachten wir den Ersatz der in die Jahre gekommenen Drehleiter als nötig. Aus all diesen erwähnten Gründen beantragt Ihnen der Gemeinderat deshalb, dass Sie den ausgewiesenen Kredit bitte bewilligen. Danke vielmals fürs Zuhören.

Christian Kellermann, Präsident: Vielen Dank Philippe Hofmann für diese Ausführungen. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Mich würde interessieren, wie gedenkt die Feuerwehr Allschwil im Falle einer Beschaffung, also wenn wir zustimmen, mit der dritten Variante von Feumotech umzugehen. Diese Fahrzeuge sind ja bei weitem mehr als 16 Tonnen, also ca. 18 Tonnen schwer. Wir haben in Allschwil zwei Orte, das sind die Gemeinde mit Hauptpost mit Begrenzung von maximal 16 Tonnen sowie das Duradero-Areal. Wie kommen sie im Falle eines Brandes dorthin? Weiss das vielleicht Philippe Hofmann?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Dankeschön für die sehr feuerwehrspezifische Frage. Selbst bin ich kein Feuerwehrmann und kenne somit die einzelnen Aufstellpositionen der Fahrzeuge nicht. Ich kann dazu nicht verlässlich sagen, wo in einem Ernstfall, in einem Brandfall diese Drehleiter aufgestellt werden müsste, und wie diese Position geht. Ich weiss aber, dass wenn man die Position aussucht, dass man sich dort einen günstigen Positionierungswinkel suchen muss, damit man den Brand auch effektiv bekämpfen kann. Es gibt Einsatzpläne, die solche Tatsachen auch schon gegenwärtig berücksichtigen. Aber für eine fundierte Frage in dieser Grössenordnung ist es sicher so, sie unserem Kommandanten zu stellen, um eine präzise Antwort zu erhalten.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir haben in unserer Fraktion erwogen, dieses Geschäft der Kommission Sicherheit und Dienst überweisen zu lassen. Und zwar weil es einfach aus diesem Bericht heraus keine schlüssigen Antworten gab. Durch die Diskussion mit dem Feuerwehrkommandanten, der uns sehr schlüssig und kompetent Antwort gab, haben wir dann auf einen solchen Antrag verzichtet und würden nun dieser Sondervorlage vorbehaltlos zustimmen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, geschätzter Gemeinderat Philippe Hofmann, vielen Dank für deine Ausführungen. Ich bin trotzdem nach wie vor der Meinung, dass es nicht hierhin gehörte. Nicht wegen Sondervorlage, sondern weil es im Budget drin ist. Du hast das erklärt, weshalb du das hierhin nehmen wolltest. Ich glaube einfach, es hat damit zu tun, dass du nicht einmal mehr über den Fluglärm sprechen wolltest, sondern für einmal ein anderes Thema wolltest [Gelächter]. Ich hoffe aber, dass du in Zukunft nicht für jeden Traktor auf dem Werkhof eine Sondervorlage machst. Wir sind in der SVP-Fraktion der Meinung, und wir durften ja auch mit dem Feuerwehrkommandanten dieses Geschäft beraten, dass es absolut sinnvoll ist, im Hinblick auf die Selbstständigkeit der Feuerwehr Allschwil wie auch auf die Entwicklung des gesamten Siedlungsgebiets diesen Antrag zu unterstützen, zumal es ja auch Allschwiler Einwohnerräte gibt, welche diese Drehleiter selber schon in Anspruch genommen haben, um wieder in Ihre Wohnung zu kommen. Das wissen nicht alle, aber das ist tatsächlich so. Das soll aber nicht das Hauptargument für diese Drehleiter sein. Es ist absolut richtig, was Philippe Hofmann sagte, dass die ganze Umstrukturierung der Miliz zu einer Teilprofessionalisierung in der Feuerwehr noch in weiter Zukunft liegt. Bis diese effektiv eingeführt wird, wird auch dieses Feuerwehrauto schon wieder die Hälfte seiner Lebenszeit erreicht haben. Aus den genannten Punkten ist die ganze SVP-Fraktion ganz klar der Meinung, dass man dieses Geschäft unterstützen soll. Wir werden dieser Sondervorlage zustimmen.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch wir haben dieses Geschäft in der CVP-Fraktion beraten. Es war sehr schnell abgehandelt. Wir waren uns einig und sagten, Sicherheit geht vor. Wir werden diesen Antrag klar unterstützen. Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Merci vielmal. Ich wollte nur schnell Florian Spiegel Antwort geben, dass ich das sicher nicht mache. Wenn man die Traktandenliste gesehen hat, dann sieht man, dass ich noch genügend viel sprechen muss. Also, ich habe es nicht getan, damit ich einmal mehr sprechen kann, auch nicht wegen des Fluglärms.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Uns ergeht es gleichermassen. Wir haben es zur Kenntnis genommen. Wir finden, der Bericht ist schlüssig. Inhaltlich können wir auch nicht viel beitragen. Wir meinen, die Fahrzeugfarbe Rot generell immer schön. Wir sind nun auch nicht Fachpersonen, um eruieren zu können, was Vorrang hätte. Die Typenwahl ist auch nicht die Aufgabe des Einwohnerrats. Wenn nun, sage ich, vom Formalen her wäre es vielleicht schlüssiger gewesen, wenn man das auch einer Kommission übergeben hätte. Dann hätte vielleicht der Feuerwehrkommandant nicht jeder Fraktion hinterher springen müssen. Wenn man inhaltlich also vielleicht mehr rausholen wollte, wäre eine Zuteilung sicher gescheiter gewesen. Aber es geht primär erst mal ans Büro, welches dafür, wo was reinkommt, zuständig ist. Wir hatten eine grössere Diskussion bezüglich Typenwahl, bezüglich solchen, gerade gehörten Argumente über Gewicht und Nutzen. Den Bericht aber haben wir per se vorbehaltlos als schlüssig befunden. Auch in Rücksprache mit dem Feuerwehrkommandant können wir ihn wohlwollend unterstützen. Merci.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Auch wir von der FDP-Fraktion kamen in den Genuss, vom Feuerwehrkommandanten zu diesem interessanten Thema unterrichtet zu werden. Wir sind auch der Meinung, dass diese Anschaffung nicht zur Diskussion steht. Wir denken aber trotz allem, es wirkte eigentlich ein wenig wie eine Feuerwehübung, weil diese Sondervorlage doch so hoppla-hopp kam. Man weiss schon länger, dass dieser Ersatz nötig ist. Es ist ein schleichender Prozess, worüber man auch gesprochen hat und seit langem weiss, diese Abnützung ist vorhanden. Wir haben uns das auch gewünscht, wenn auch nicht ausgerechnet in dieser Sitzung vor dem Budget und so plötzlich aus dem Nichts. Eigentlich wusste man, dass es kommen wird. Nur hätte es vielleicht schon im Februar - im März fand leider wegen Corona keine Sitzung statt, das wissen wir - oder einfach viel früher traktandiert werden können. Man wusste eigentlich, der Ersatz wird kommen, und nun hat es ein wenig den sonderbaren Beigeschmack, weil das Geschäft noch hineingedrückt werden musste. Aber nichtsdestotrotz, wir von der FDP-Fraktion unterstützen natürlich diese Anschaffung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Ganz kurz etwas zur Entlastung des Feuerwehrkommandanten. Ein Tipp: Als wir das letzte Mal Fahrzeuge angeschafft haben, das war ungefähr vor 22 Jahren, hatte die Feuerwehrkommission interessierte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zur Feuerwehr eingeladen. Man konnte die alten Fahrzeuge anschauen, man wurde durch Fachleute beraten, es brauchte keine Kommission. Interessierten Leute waren vor Ort, mehr als die Hälfte. Nachher in den Fraktionen lief es kurz ab. Warum nicht bei einem

solchen, relativ wichtigen Anlass gleich vor Ort aufzeigen, wo die Probleme liegen und welche Lösungen es gibt? Merci.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich abschnittsweise Beratung des Berichts erwünscht ist. Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4529 abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, Seite 9, § 87.

Gestützt auf diese Ausführung beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Für die Ersatzbeschaffung der Autodrehleiter für die Feuerwehr Allschwil-Schönenbuch wird ein Investitionskredit im Betrag von CHF 760'000 inkl. MWST für das Jahr 2021 zu Lasten des Investitionskontos 1501-5060.XX bewilligt.

Wer zustimmen möchte, soll das bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Geschäft grossmehrheitlich mit 1 Gegenstimme zugestimmt.

Kommen wir zur Schlussabstimmung über das Geschäft 4529. Wer den Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Geschäft einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Merci vielmal, danke schön für diese Deutlichkeit, danke schön für die Unterstützung. Die Feuerwehr wird es Ihnen danken und es zu schätzen wissen, dass der Einwohnerrat hinter ihr steht.

Christian Kellermann, Präsident: Es ist nun 19.30 Uhr. Wir machen nun eine viertelstündige Pause. Um 19.45 Uhr geht es weiter. Bitte daran denken, die Masken zu tragen und bei der Kaffeemaschine Abstand einzuhalten.

PAUSE

Christian Kellermann, Präsident: Wir machen weiter. Wir beginnen mit dem dringlichen Verfahrenspostulat, welchem zu Beginn der Sitzung zugestimmt wurde. Das Einwohnerratsbüro nimmt es entgegen und wird das am 23. November 20 prüfen. Vorab können wir aber schon mal informieren, dass es bereits „Zoom“ gibt, dieses steht kostenlos zur Verfügung. Die KBU hat bereits auf diese Art eine Sitzung abgehalten, ohne dass jemand etwas dafür hätte bezahlen müssen. Nun, der Gemeinderat ... Herr Bammatter möchte dazu noch das Wort.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es ist grundsätzlich nicht der Gemeinderat, der darüber bestimmt, aber die Auswirkungen dieses Postulats gehen auch in die Verwaltung. Deshalb erlaube ich mir, ein, zwei Worte dazu zu äussern. Ich danke zuerst, dass es dringlich behandelt wurde. Denn in der Tat ist virtuell ein grosses Thema. Wenn ich nun in den Saal schaue, sehe ich, dass praktisch alle Anwesenden mit PC und entsprechender Infrastruktur, sprich Programmen, E-Mail-Adressen etc. ausgerüstet sind, ohne dass die Gemeinde jemals etwas dazu beigesteuert hat. Es haben verschiedene Leute verschiedene Betriebssysteme, es haben verschiedene Leute Erfahrungen damit. Die SP-Fraktion, zu der ich selbst dazu gehöre, die FIREKO, mit den Grünen habe ich mich schon mal virtuell unterhalten, der Gemeinderat macht das so, die FDP hat es auch während des Wahlkampfs getan. Es ist so, viele Programme davon sind gratis und nicht nur für eine Viertelstunde bzw. 45 Minuten. Der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass, wenn das mit den Lizenzen so läuft, ist das nur der Beginn. Denn die Lizenzen sind eigentlich nicht das Problem, die kann man relativ einfach erhalten. Aber wenn die Gemeinde, die Verwaltung sich eingeben muss, dann wird vielleicht der eine oder andere kommen, weil er noch einen Support möchte, weil die entsprechende Software nicht auf seiner Maschine passt oder die Maschine nicht zur Software passt - was auch immer. Daher empfiehlt der Gemeinderat, dies wirklich gut zu prüfen und nimmt eher davon Abstand. Wie gesagt, es ist nicht Sache des Gemeinderats. Das Einwohnerratsbüro muss das tun. Ich bitte auch das Büro, sich das gut zu überlegen, ob man nicht etwas, das gut funktioniert, zusätzlich noch in die Bearbeitung nehmen muss.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Zuerst muss ich mich ein wenig verwundert über den bisherigen Ablauf äussern. Es ist ein dringliches Verfahrenspostulat, herzlichen Dank, dass Sie dem zugestimmt haben. Es regelt die Angelegenheiten innerhalb des Rats. So. Wenn das Büro des Einwohnerrats bereit ist, es zu übernehmen, dann müsste man prinzipiell nicht mehr über diesen Antrag abstimmen. Analog zu einem anderen Antrag, einer normalen Motion oder einem Postulat. Also, der Redner, der jetzt spricht, hätte eigentlich aufstrecken müssen und einen Gegenantrag stellen, wenn er denn überhaupt noch zu Wort kommen wollte. Der Gemeinderat kann keinen Gegenantrag stellen, das kommt noch hinzu, sondern macht nun ein Voting mit nebulösen Begründungen, zu denen ich nun ehrlich sagen muss, das ist ganz dünnes Eis. Eine Exekutivbehörde, die uns im Jahr eine halbe Million kostet, möchte nun ernsthaft dem Rat sagen, es gäbe auch Gratismodule und Gratistools. Also mit dieser Aussage, und wenn dann auch noch gesagt wird: „Da wollen noch gewisse einen Support.“ und „Andere haben dieses System, andere haben jenes Betriebssystem.“, wenn ich sehe, was auf der Gemeinde für Server und Erneuerungen ausgegeben wird, für alles Drum und Dran und Infrastrukturbeiträge und hören muss, „Was ihr uns kostet ...“, habe ich echt Mühe damit. Und jetzt müssen wir uns hier anhören, dass es noch andere Varianten als diese gäbe, dann muss ich sagen, da habt ihr nun den Bogen echt überspannt. Tut mir leid, das finde ich unanständig. Da muss ich wirklich sagen, das finde ich unanständig. Es ist ein Antrag aus dem Rat für die innere Angelegenheit. Ich bin auch der Meinung, der Gemeinderat spricht nun hierzu nichts mehr. Es ist die innere Angelegenheit des Einwohnerrats. Wir reden euch auch nicht rein, wie ihr eure Sitzungen abzuhalten habt.

Christian Kellermann, Präsident: Gut, wie gesagt, das Büro nimmt es gerne entgegen. Die Frage stellt sich nur noch, ob es einen Gegenantrag gibt.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Lieber Florian, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Gemeinderat machte eine Bemerkung, gab eine Empfehlung. Er hat anfangs gesagt, es ist nicht seine Sache. Er wollte einfach zu Händen des Rats, der das bereits nutzt, sagen, dass wir es prüfenswert finden. Ich habe keinen Antrag gestellt, ich habe nichts anderes getan. Ich möchte nur präzisieren, es ist eine Empfehlung, eine Wortmeldung und nichts anderes.

Christian Kellermann, Präsident: Es liegt kein Gegenantrag vor, das Geschäft ist damit überwiesen.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Im Info-Fenster gibt es keine Informationen. Damit kommen wir direkt zur Fragestunde. Wir haben nun die Gelegenheit, über die eingegangenen Fragen zu berichten.

FRAGESTUNDE

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe keine Frage eingegeben, habe aber trotzdem eine kurze Frage. Es geht um den Muesmattweg, wo sich das Neuallschwil-Schulhaus befindet. Gemeindemitarbeiter haben dort einmal eine ausserordentliche Farbe auf den Boden gemalt, welche nun grau übermalt ist. Aber man sieht immer noch, dass etwas darunter ist. Gibt es an dieser Stelle endlich wieder einmal einen Fussgängerstreifen, denn die Kinder wissen nämlich nicht, wo und wie sie über die Strasse sollen? Das ist das eine, das andere möchte ich einfach als Bitte weitergeben: Elterntaxis. Ich weiss wir haben schon einige Male darüber diskutiert, aber dort ist die Strasse sehr, sehr schmal geworden, und ich habe es heute um 12 Uhr gesehen, die Kinder rennen einfach über diesen sonderbaren, grauen Fleck. Dort stehen die Eltern an der schmalsten Stelle mit ungefähr fünf Autos hintereinander. Einem habe ich gesagt, er soll doch bitte wegfahren, als Antwort habe ich den Finger erhalten. Ich meine, man sollte dort vielleicht ein wenig was unternehmen, denn es ist sehr gefährlich. Das Gute an der ganzen Situation ist, dass wir dort momentan eine 30er-Zone haben. Ich weiss nicht, ob nicht doch etwas passieren könnte, wenn wir keine 30er-Zone hätten. Merci.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Besten Dank, Pascale. Das mit dem Fussgängerstreifen und dieser farblich gestalteten Strassenoberfläche FGSO ist tatsächlich ein diskussionswürdiges Thema. Ich muss auch persönlich sagen, mit dieser neuen Farbe bin ich in etwa dreiviertel glücklich. Es hätte anders laufen können. Ich habe in diversen Gemeinden, in denen ich unterwegs war, auch so ähnliche Dinge gesehen, bei denen ich sagen muss, da haben wir es doch gerade noch gut getroffen. Nichtsdestotrotz ich werde, bevor ich eine unrichtige Antwort gebe, abklären, was genau dort vorgesehen war. Zweitens ist das mit den Elterntaxis ein elendes und leidiges Problem, ich sehe das auch so. Ich rege mich persönlich so richtig darüber auf. Mich regt vor allem auf, dass wir nicht genügend Handhabe haben, um es konsequent verbieten und sanktionieren zu können, ausser es geschehe irgendwo im Parkverbot oder sonst eine Verkehrsübertretung wäre. Das Problem ist halt einfach, dass man sieht, wie viele Eltern ihre Kinder tatsächlich nicht allein auf den Schulweg gehen lassen, aus welchen Gründen auch immer, oder sie einfach zu bequem sind. Das kann ich nicht beurteilen. Dadurch ist das Problem aber nicht gelöst. Es ist ein Thema, welches bei der Sicherheit pendent ist. Es geht die Möglichkeit um, dass wir es gesamt einheitlich anschauen werden müssen. Wir sehen das auch an dieser Stelle, die Lösung ist nicht druck- und auch nicht spruchreif, aber wir sind immer wieder mit Präventionsarbeiten unterwegs und weisen die Leute wie auch die Eltern darauf hin. Die Reaktion ist in etwa ähnlich wie bei dir. Nichtsdestotrotz machen wir das weiterhin. Ich hoffe, irgendwann einmal werden wir dieses Problem besser in den Griff bekommen.

Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Werter Präsident, werte Anwesende. Ich habe eine Frage an den Gemeinderat betreffend Schulraumplanung. Wir alle haben im Budget gesehen, dass dazu Posten eingestellt sind. Wenn man uns einfach kurz informieren könnte, wo der Gemeinderat mit seinen Überlegungen momentan steht. Danke schön.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es gibt eine kurze Konfusion, denn es ist so, dass die Schule Bestellerin der Schulhäuser ist, und ich „Immobilien“ werde diese Schulhäuser für die Schule erstellen. Aber grundsätzlich sind die Informationen nun insofern bei mir, weil wir ein Schulhaus auf dem Bettenackerareal planen und das bestehende Schulzentrum Neuallschwil umgebaut werden soll. Diese Prozesse sind alle in Vorbereitung, deshalb kann ich an dieser Stelle noch nichts Genaueres sagen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Stichwort „Immobilien“. Ich stiess heute noch auf die Sitzung „Immobilienstrategie von Allschwil“, Stand Februar 2017. An dieser machten alle Fraktionen einen gemeinsamen Vorstoss und baten den Gemeinderat, eine solche Strategie auszuarbeiten. Es war, glaube ich, vor allem die FDP-Fraktion, die sich wirklich stark dafür einsetzte, damit das kein Papiertiger wird. Darin ist bei den Zielen auch festgehalten: „Die Immobilienstrategie ist ein dynamisches Instrument, das alle zwei Jahre aktualisiert und neu bewertet wird.“ Es wurde uns versprochen, dass wir eigentlich alle zwei Jahre gebrieft werden, damit wir die Revision oder Überarbeitung dieser Strategie haben. Nun haben wir 2020, im nächsten Jahr werden es vier Jahre sein. Die ersten zwei Jahre haben wir durchgelassen. Wie ist der Stand? Wann werden wir wieder Einsicht erhalten? Was ist der Planungshorizont in dieser Strategie?

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich möchte nun nicht Trübsal blasen. Es ist aber so, dass die Belastung im Bau relativ gross ist. Wir haben im Moment extrem viele Projekte ob. Es geht nicht so schnell, wie ich das zu Beginn dachte. Klar ist, wir werden diese Immobilienstrategie überarbeiten. Ich hatte gerade heute eine Sitzung deswegen. Wir werden sie dem Einwohnerrat selbstverständlich auch vorlegen. Aber in diesem Jahr wird es auf jeden Fall nicht mehr möglich sein.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratsmitglieder und Ratsmitgliederinnen - [Gelächter] so habe ich es schon mal gesagt, nicht? Ich möchte etwas zu den Elterntaxis, zur Aussage von Gemeinderat Philippe Hofmann sagen. Die KBU und der Einwohnerrat haben sich letzthin doch über die Schulwegsicherheit unterhalten. Die KBU schrieb einen Bericht zu diesem Geschäft 4390, das war ein Vorstoss von Florian Spiegel zur Schulwegsicherheit. Die KBU gab darin die Empfehlung ab, dass man einmal einen zeitlich begrenzten Versuch bei einem Schulhaus unternehmen solle, und diesen dann auszuwerten, was es bringen würde. Der Gemeinderat hat bei der Behandlung eigentlich gesagt, er nähme es entgegen und würde es umsetzen. Nun hätte ich bei dieser Frage von Pascale Uccella schon eine etwas präzisere Antwort erwartet, wie denn nun der Stand ist. Es sind immerhin auch schon wieder - ja, das war im März - bald ca. neun Monate her.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Danke fürs Wort. Hätte ich mich auf diese Frage vorbereiten können, hätte ich selbstverständlich eine präzisere Antwort gewusst. Ich weiss zu allen Geschäften nicht immer alles auswendig, was der Stand der Dinge ist und was, wo läuft. Es gibt noch zwei, drei andere Dinge auf meinem Tisch. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich unvorbereitet nicht besser präzisieren konnte. Aber wie gesagt, ich kläre das ab. Wenn ich das sage, dann erhält ihr auch immer eine Antwort.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Ratsmitglieder. Ich bin ein wenig geduldiger als andere. Ich habe nun schon zwei Jahre gewartet, ich habe eine Petition über Risikomanagement eingereicht. Man hat sie im Jahr 2018 überwiesen, und ich habe noch keinen Bericht gehört, noch keinen Zwischenbericht gehört, ich habe überhaupt noch nichts gehört. Nun denke ich, ich könnte mal nachfragen. Bei der Beratung dieses Geschäfts hiess es, ihr wollt es im Jahr 2021 anschauen. Könnten wir vielleicht eine Übersicht erhalten, was, wann geschieht? Danke.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, lieber Mark. Ich beantworte diese Frage selbstverständlich gerne, auch wenn es nicht das erste Mal ist, dass ich diese Frage beantworten darf. Du hast dir die Antwort eigentlich auch schon selbst gegeben. Stand heute: Der Gemeinderat ist immer noch gewillt, im Jahr 2021 wie vom Fahrplan her ursprünglich geplant, das Projekt, Einführung eines Risikomanagement, zu beginnen und auszuführen. Wir haben die Idee, dass wir im Jahr 21 dieses Projekt erarbeiten und ein Rahmenwerk erstellen und auch einen Risikomanagementprozess definieren werden. Ab 2022 möchten wir es in die operative Umsetzung geben, so dass es dann effektiv auch zum Fliegen kommt. Wichtig ist aber auch folgendes: Ich bitte Sie auch noch zu beachten, dass das Risikomanagement auch personelle Ressourcen nach sich ziehen wird, je nach dem, in welchem Umfang wir es einführen werden. Diese müssen bewilligt werden, bevor wir es definitiv umsetzen können. Das war mir noch wichtig. Das Dritte, das mir auch noch wichtig ist und ich auch schon mal gesagt habe, ist, wir haben ein Teilprojekt des Risikomanagements bereits in Angriff genommen. Das ist das Teilprojekt „IKS, internes Kontrollsystem“. Das haben wir gemacht. In diesem Teilprojekt konnten wesentliche, finanzrelevante Risiken schon erhoben werden und auch den entsprechenden Prozessen zugeordnet werden. Wir werden dies auch in den operativen Betrieb geben. Ich sage, wir sind im Fahrplan, so wie wir es ursprünglich vorgesehen haben. Wir hatten damals 77 Leitbildmassnahmen definiert und sagten immer, wir können nicht alle gleichzeitig vorkehren, wir müssen uns einen zeitlichen Ablauf geben, was wir getan haben. Wie gesagt, Stand heute, wir sind immer noch gewillt, es auf diese Weise zu tun.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich komme auf meine Insel in der Fabrikstrasse zurück. Darüber haben wir schon ein paar Mal was gehört. Es ist nun so, dass der Einwohnerrat dem Gemeinderat keinen Auftrag für die Ausführung gegeben hat. Nun ist die Frage an den Gemeinderat: Benötigt der Gemeinderat einen Ausführungsantrag für diese Insel, besser gesagt einen Budgetantrag fürs Budget 2021? Wenn ja, wie hoch muss der sein, damit ich ihn noch schnell schreiben kann? Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ja, wer sonst? Also. Ja, vielleicht kann jemand anders auch noch helfen. Danke schön für die Ausführungen und auch für diese Frage, Henry Vogt. Ich kann es Andreas Bärtsch gleich vorwegnehmen, auch darauf bin ich nicht vorbereitet, weil sie nicht vorgängig gestellt wurde. Ich weiss keine präzise Antwort, ich habe keine präzise Zahl dazu. Wenn es Fakt ist, dass wir keinen Auftrag haben, werden wir auch nichts tun. Also müssen wir halt einen Auftrag erhalten, das ist sonnenklar. Aber, ich weiss, es gibt Unterlagen und Papiere, in denen ich auf die Schnelle nicht nachschauen kann, aber drinsteht, was möglich wäre, was der Kanton nicht will. Ich kann mich daran erinnern, dass wir gesagt haben, dass er grundsätzlich nichts unterstützt. Es steht auch eine Zahl darin, was es kosten würde. Dementsprechend kann sich der Einwohnerrat sich selbst überlegen, welches Vorgehen er wählen möchte. Ich gehe nun schnell nachschauen, ob ich etwas finde.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Im Mai haben wir im Einwohnerrat ein Corona-Hilfspaket abgesehnet für bedürftige Unternehmen, Familien und Selbstständige. Ich wollte fragen: Wie viele Unterstützungsbeiträge wurden bereits geleistet, welches Fazit kann man ziehen und welche Entwicklungstendenzen gibt es?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, lieber Urs. Sehr gerne nehme ich dazu Stellung, weil ich denke, es war wirklich ein Vorzeigeprojekt, welches die Gemeinde Allschwil hier machen konnte. Wie Sie wissen, haben wir einen namhaften oder stattlichen Betrag für zusätzliche Hilfe gesprochen, und zwar einerseits für Selbstständigerwerbende oder

Unternehmerinnen und Unternehmer, andererseits für private Personen über den Sozialen Dienst Gesundheit. Ich unterscheide dies deshalb so, weil für die selbstständigen Unternehmerinnen und Unternehmer wir diese zusätzliche Hilfe zusammen mit der Wirtschaftskammer für das Projekt „S Baselbiet schafft's“ gesprochen haben. Dabei gab es auch wieder drei Untergruppen. Die eine war für „Soforthilfe KMU“, die andere ein Beitrag an Umsetzungskosten für ein Schutzkonzept, und der dritte Pott war eine Härtefallregelung. Wir haben in diesem Zusammenhang Gelder für die ganze Gruppe „Unternehmerinnen/Unternehmer“ in der Höhe von CHF 255'733.45 gesprochen. Für die private Personen über den Sozialdienst Gesundheit, also über die Verwaltung im engeren Sinn, haben wir einen Betrag von fast 30'000 Franken gesprochen - CHF 29'876.15. Insgesamt eine Summe von CHF 285'609.60. Ich denke, ich habe es anfangs erwähnt, wir haben wirklich schwierige Zeiten, vor allem die Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch Privatpersonen haben wegen der Corona-Geschichte wirklich ganz schwierige Zeiten zu durchleben. Ich weiss noch nicht, wann das wirklich enden wird und bin froh, dass wir diesen Betrag erst mal sprechen können. Ich denke, die Gemeinde Allschwil kann stolz sein, dass wir es so tun konnten. Es kam auch bei den KMU sehr gut an. Viele KMU haben Allschwil darum beneidet, wie wir schnell und unbürokratisch zusätzliche Hilfe sprechen und den Unternehmen ein wenig unter die Arme greifen konnten. Wir wissen nicht, wie lange es dauert, ich hoffe, dass bald wieder einmal bessere Zeiten kommen. Vielen Dank.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe folgende Frage. Aus diversen Gesprächen im Dorf habe ich vernommen, dass sich im Schulhaus Gartenstrasse wieder Kinder im schulpflichtigen Alter aufhalten. Es lässt sich von mir aus von selbst erraten, dass dort wieder unterrichtet wird. Mich würde es einfach interessieren, wie die allgemeine Bevölkerung von Allschwil über diesen Schritt informiert wurde.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Vielen Dank für diese Anfrage. Ja es ist so, im Sommer wurde das Schulhaus Gartenstrasse reaktiviert. Die Schule Allschwil wächst, und der Schulraum wurde zu knapp. Konkret bedeutet das, dass seit diesem Sommer 22 Kinder und 3 Lehrpersonen ihren Alltag dort regelmässig verbringen. Selbstverständlich wurden die betroffenen Eltern und Kinder informiert. Zudem ist es auf der Schul-Homepage aufgeschaltet. Danke schön.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident. Damit du deinen Antrag schreiben kannst: Die Kosten für Variante A wären 157'000 Franken, für Variante B 162'000 Franken. Wenn ich mich richtig erinnere haben wir Variante C genommen, bei dieser sind die Kosten auch in etwa bei 162'000 Franken. Dies nur, damit Philippe Hofmann nicht mehr weitersuchen muss.
[Diese Antwort von Andreas Bärtsch bezieht sich auf die oben (Seite 91) stehende Frage von Henry Vogt.]

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Im Laufe des Jahres 2020 haben hier sehr gute Kurse stattgefunden. An „Lerne kostenlos Leben retten“ haben einige Einwohnerräte und auch Gemeinderäte daran teilgenommen. Es nähme mich Wunder, ob dieses Projekt weitergeführt wird. Wichtig wäre doch, in zwei Jahren einen Wiederholungskurs durchzuführen, damit das uns angeeignete Wissen nicht einfach so verpufft.

Christoph Morat, Gemeinderat: Dankeschön auch für diese Frage. Darüber haben wir uns noch keine Gedanken gemacht. Natürlich ist es tatsächlich so, erfolgreiche Kurse sollte man immer überprüfen. Ich komme heute Abend auch noch zu einer Antwort zu einer anderen Frage, in der etwas erfolgreich war und weitergeführt werden sollte. Aber, Beatrice, ich muss deine Frage mitnehmen und gelegentlich darüber berichten, ob sich der Gemeinderat entscheiden kann, Anschlusskurse in dieser Form anzubieten.

Christian Kellermann, Präsident: Es liegen keine weiteren Fragen mehr vor.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 24.6.2020, zum Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 20.1.2019, betreffend Bildung einer Begleitkommission für die Ausarbeitung der Versorgungsregion mit Binningen und Schönenbuch
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4435 / A

Christian Kellermann, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wenn der Einwohnerrat am 20.1.2019 ein Postulat dringlich und grossmehrheitlich überweist, kann man eigentlich davon ausgehen, dass die Wichtigkeit dieses Geschäfts entsprechend ernst genommen wird. Es erstaunt schon, dass das gültige Geschäftsreglement des Einwohnerrats in keiner Weise beachtet wird. Es beschreibt unter § 45 Abs. 5: *„Der Gemeinderat ist verpflichtet, zu überwiesenen Motionen innert sechs Monaten sowie überwiesenen Postulaten innerhalb eines Jahres dem Rat einen entsprechenden Bericht oder einen Zwischenbericht zu unterbreiten.“* Für die Beantwortung des vorliegenden Postulats benötigte der zuständige Bereichsleiter des Gemeinderates sage und schreibe 17 Monate. Dabei ist der Antrag einfach und klar und abschliessend formuliert. *„Der Gemeinderat wird verpflichtet zu prüfen, in welcher Form eine Steuerungs- und Echogruppe für die Bildung der Versorgungsregion eingesetzt werden kann und welche Verzögerungen dadurch entstehen. Für das Postulat ist in Bezug auf die Dringlichkeit und die Umsetzung der Terminplan für die Bildung der Versorgungsregion zu beachten.“* Dieses Postulat an den Gemeinderat hat im Prinzip, wenn man es etwas genauer anschaut, zwei Aufträge. 1. Prüfen Einsatz einer Steuerungs- und Echogruppe. 2. Terminplan für die Versorgungsregion für die Beantwortung des Postulats beachten. Beide Anträge oder Fragenstellungen sind im vorliegenden Papier nicht behandelt. Erhalten haben wir eine Geschichtsschreibung oder einen Tätigkeitsbericht. Somit kann man klar festhalten: Auftrag nicht erfüllt! An dieser Stelle kann man sich dann die Frage stellen: Waren die Verantwortlichen im Gemeinderat und in der Verwaltung mit der Aufgabenstellung überfordert? Sind ihnen die Arbeit und Anfragen des Einwohnerrats gleichgültig? Oder war es einfach nur berechnend? Vielleicht weiss die neu zuständige Gemeinderätin, Frau Stucki, darauf eine Antwort. Im Prinzip muss die Beantwortung des Postulats an den Gemeinderat zurückgewiesen werden. Ich verzichte aber aus folgenden Gründen darauf: Die Fragen kann man sich mittlerweile selbst beantworten. In Bezug auf die Echogruppe wünscht der Gemeinderat heute, dass bei wichtigsten Geschäften im Altersbereich die Parteien und der Einwohnerrat frühzeitig einbezogen werden. Zum Thema Dringlichkeit und Termine muss es wahrscheinlich wieder einmal ein personeller Engpass auf der Verwaltung gewesen sein, denn das Corona-Virus trat ja erst im März 2020 auf.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Herr Bärtsch. Ich danke Ihnen vielmals für diese Ausführungen und selbstverständlich kann ich diesen Unmut gegenüber der Dauer für die Beantwortung sehr gut nachvollziehen. Ich kann nur für mich reden. Mir ist es wichtig, oder mir sind Arbeiten nicht gleichgültig. Ich werde mich bemühen, nach bestem Wissen und Gewissen dieses Geschäft auch in Ihrem Sinn weiter voranzutreiben. Allerdings zur Beantwortung Ihres Postulats muss ich sagen, da musste ich mich von anderer Seite informieren und hoffe, dass ich Ihnen somit doch noch eine Antwort geben kann, mit der Sie vielleicht ein bisschen zufrieden sein werden. Zur Beantwortung dieses Postulats, das basiert auf einer Beantwortung einer Interpellation von Ihnen, darauf möchte ich verweisen. Darin ist die Vorgehensweise für die Umsetzung des Alters- und Pflegegesetzes, und daraus resultiert dann die Bildung der Versorgungsregion, genau erläutert. Im Jahr 2017 sprachen sich die Gemeinderäte von Binningen, Schönenbuch und Allschwil für eine Zusammenarbeit bezüglich Versorgungsregion aus. Bis zur Einreichung Ihres neuen Postulats dann dauerte es auch eine Zeitlang, nämlich eineinhalb Jahre. Ja, wir sind halt alle vielleicht nicht immer so schnell. Deshalb war auch der Prozess schon bereits so weit vorangeschritten, dass man davon absah, eine Begleitkommission oder eine Echogruppe zu bilden. Allerdings hatte man zu diesem Zeitpunkt den Vertragsentwurf für die Versorgungsregion in den gemeinderätlichen Kommissionen und somit auch in politischen Gremien besprochen und bearbeitet, um damit letztlich den Entwurf mehrheitsfähig durch die Räte beschliessen zu können. Konkret hat die Steuergruppe in jeder Gemeinde eine Kommission beigezogen. Bei uns in Allschwil war das die KKS, Kommission für Kultur und Soziales. Mit diesen beigezogenen Kommissionen einerseits und mit den interkommunalen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Vertrags für die Bildung der Versorgungsregion andererseits

wurde die Meinung der politischen Parteien breit abgestützt eingeholt. Deshalb vertritt der Gemeinderat heute die Haltung, dem Anliegen des Postulanten ausreichend Rechnung getragen zu haben. Von Seiten Versorger kann ergänzt werden: da sie Leistungserbringer sind, werden sie nicht in die strategische Arbeit miteinbezogen. Hingegen werden sie selbstverständlich bei der Entwicklung des Versorgungskonzepts mitberücksichtigt. Abschliessend sei erwähnt, dass im Jahr 2018 der Einwohnerrat über dieses Vorgehen informiert wurde, und er hat dem ohne Einwände stillschweigend zugestimmt. Nichtsdestotrotz, auch wenn es nun etwas länger dauerte, beantragt der Gemeinderat aufgrund dieser Ausführungen, dieses Postulat als erledigt abzuschreiben. Ich danke Ihnen vielmals für die Aufmerksamkeit.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. So, wie sich die Situation jetzt präsentiert, kann man dieses Postulat nur noch abschreiben, denn es ist erledigt und man kann eigentlich nichts mehr tun. Der Mist ist geführt, egal was wir nun noch beraten oder wir es allenfalls stehen liessen. Ich muss schon sagen, es ist schon sehr ärgerlich, wie dieses Geschäft behandelt wurde. Es wurde im Januar 2019 dringlich überwiesen und der Wille war, dass man mit einer Begleitgruppe Einfluss auf die Ausarbeitung der Versorgungsregion nehmen kann. Was in Wirklichkeit getan wurde, man hat es einfach ignoriert und den Prozess so durchgezogen, wie er aufgegleist war, ohne solche Mitwirkung, und legte den fix fertigen Vertrag in die Kommissionen zur Beratung. Natürlich immer mit der Vorgabe, das ist der bestehende und fixe Vertrag und daran kann man nichts Wesentliches mehr ändern. Das ist natürlich ein wesentlicher Unterschied, ob man vorher in diesem laufenden Prozess eine Begleit- oder Echogruppe einbeziehen, oder ob man hinterher mit dem fertigen Geschäft kommt mit der Massgabe, das haben alle drei Gemeinden nun so verabschiedet, und das ist es nun im Wesentlichen. Alles, was in diesem Bericht nun steht, ist eigentlich nur Gschwurbel, der alles verwedelt. Besonders stossend finde ich nicht die lange Behandlungsdauer, aber, dass man dieses Postulat jetzt noch im Nachhinein nachschiebt, nachdem wir im Mai und Juni dieses Jahres über das eigentliche Geschäft beraten haben und man das sehr wohl auch da gleich hätte miteinpacken können. Ich kann mich dem Eindruck nicht erwehren, dass man das gemacht hat, um davon abzulenken, dass nämlich die vom Einwohnerrat eingeforderte Mitwirkung nicht stattgefunden hat. Danke schön.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wie bereits Matthias Häuptli erzählt hat, sind wir mit diesem Bericht überhaupt nicht zufrieden. Wir sind nicht zufrieden mit dem Zeitpunkt, wir sind nicht zufrieden mit der Qualität und auch nicht mit dem Inhalt. Zum Zeitpunkt: Wieso kommt dieser Bericht erst jetzt? Ich meine, dieser hätte spätestens mit dem Geschäft Versorgungsregion vorgelegt werden müssen. Zur Qualität: Wenn gesetzliche Grundlagen zitiert werden, dann fände ich es gut oder es wäre gut, man würde sie auch lesen. So steht nämlich im APG nämlich nichts von maximal acht Versorgungsregionen. Vielleicht eine Klammerbemerkung: (Aus fachlicher Sicht wäre das durchaus sinnvoll oder auch weniger.) Ich denke, Sie haben einfach die Vernehmlassungsversion aus dem Jahr 2016 verwendet. Wenn jemand eine aktuelle Version benötigt - ich habe eine mitgenommen. Zum Inhalt: Es gibt ganz viele, oder ein paar Ausführungen zur Bildung einer Versorgungsregion. Ich weiss nicht, ob das unbedingt in diesen Bericht gehört hätte. Ich finde das sehr interessant. Mir persönlich ist der Stadt-Land-Graben zwischen Binningen und Bottmingen noch nicht aufgefallen. Vor allem, sie könnten auch ausführen, was das in Bezug auf die Altersversorgung bedeutet, das habe ich nicht verstanden. Ich hätte nämlich eher gedacht, dass vor allem im stationären Bereich eine grossräumigere Zusammenarbeit sinnvoll ist. Denn die Bettenbelegung schwankt teilweise und Betten sind sehr teuer. Zu dieser Arbeitsgruppe: Der Auftrag des Einwohnerrats war, eine Steuerungs- und Echogruppe einzusetzen, und, wie auch schon gesagt wurde, dieser Auftrag wurde nicht erfüllt. Gut. Blicken wir aber in die Zukunft. Jetzt steht das Versorgungskonzept an. Ich habe dazu gleich ganz viele Fragen. Vielleicht zuerst zu diesem Versorgungskonzept. Aus Sicht der Bevölkerung ist das zentral. Da werden Fragen aufgeworfen oder es wird einfach abgeklärt, wie viel betreutes Wohnen es geben soll, wie viele stationäre Plätze, welche Angebote soll die Spitex haben, welche weiteren Angebote gibt es in dieser Region. Ich weiss nicht, wo dieses Konzept steht, das würde mich interessieren. Es würde mich auch interessieren, ob man sich durch den Kanton beraten liess - das steht nämlich auch in diesem Gesetz, dass man das kann, oder sich unterstützen lassen. Wer beteiligt sich an der Erarbeitung des Versorgungskonzepts? Vielleicht könnte man da eine solche Begleitgruppe einsetzen. Ich finde vor allem, dass die Direktbetroffenen eingesetzt werden sollten. Also einerseits sind das die Leistungserbringer, aber insbesondere auch die Seniorenorganisationen, die hätten nämlich Interesse daran. Wir als Fraktion, und ich hoffe auch in der Kommission, der KKS, wird sicher weiterhin kritisch auf die Entwicklung der Alterspolitik in Allschwil schauen. Danke vielmals.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Ich möchte mich nicht für das, was lief, rechtfertigen. Es tut mir leid, dass es so lange dauerte. Ein paar Informationen kann ich aber noch geben. Und zwar das mit den Gemeinden, wie die zusammengekommen sind. Der Kanton hat acht Versorgungsregionen erstellt und meines Wissens definierte man anhand der Anzahl der Einwohner. Dies ist auch der Grund, weshalb es nun nur diese drei Gemeinden sind. Zur Beteiligung beim Versorgungskonzept: Das ist uns bewusst, dass die Leistungserbringer noch angefragt werden müssen und auch, dass man sie aufeinander abstimmen muss, um all diese Bedürfnisse abzuholen. Aber so weit sind wir noch gar nicht. Ich nehme das aber sehr gerne mit auf den Weg. Danke schön.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben es in der Fraktion auch detailliert diskutiert und kamen eigentlich zu diesen Schlüssen gekommen, ich zähle sie nicht mehr auf, die Andreas Bärtsch und Matthias Häuptli zuvor erwähnt haben. Wir haben ein Problem gerade eben im Zusammenhang mit solchen überwiesenen Postulaten oder Motionen, da liegt genau das Problem der zeitlichen Achse, welche nicht immer so eingehalten wird, wie wir uns das vorstellen. Es stellt sich dann eben die Frage, wenn wir keine weiteren Postulate oder Motionen zu hängigen Geschäften eingeben können und dürfen. Es ist die Frage, ob es irgendwann eine Durchsetzungsinitiative benötigt, da wären wir wieder die Spezialisten, da würden wir dann Hand bieten. Nein - Spass beiseite. Die Punkte wurden definitiv schon angesprochen. Es gibt zwei Punkte, weswegen wir uns am Schluss dazu entschieden haben, dass wir nun ebenfalls nicht für eine Rückweisung oder Ablehnung sind. Punkt 1 ist effektiv der, dass, wenn Andreas Bärtsch oder von Seiten der FDP-Fraktion, von der das ganze Geschäft herkommt, signalisiert haben, dass man noch einmal darüber gehen müsste, sondern mit den vorigen Argumenten auch fürs Erledigen sind. Das Zweite ist, das betrifft Silvia Stucki, da ich ihre Entschuldigung für die zeitliche Verspätung nicht annehmen kann. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie sich im Grunde für die zeitliche Verspätung gar nicht entschuldigen muss. Der zweite Grund, weshalb wir es nicht zurückweisen wollen, ist, weil sie nichts dafür kann, wenn sie als neue Gemeinderätin von diesem Ressort ungenügende Arbeit übernehmen muss. Mit diesen zwei Punkten sind wir daher der Meinung, dass wir es als erledigt abschreiben werden.

Roman Klauser, AVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Es war ein sehr schöner Seitenhieb, der gerade kam. Ich möchte aber eines festhalten: Bitte schaut mal, wie viele Male das auf der Traktandenliste stand und nie an die Reihe kam. Es kam nie an die Reihe. Es stand immer auf der Liste, das geht bis zu einem halben Jahr zurück und noch weiter. Und es ist der Rat, ich weiss nicht wer da Präsident war, der diese Arbeit nicht tun konnte, um das fertig zu bekommen, es lag immer hinten und ist dort geblieben. Die Antwort ist schon lange da. Danke schön.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ja, wer belesen ist, ist im Vorteil. Man sollte vielleicht schauen, wenn steht „Bericht an den Einwohnerrat vom 24. Juni 2020“, dann soll mir doch mal jemand erklären, wie das der damalige Einwohnerratspräsident hätte traktandieren sollen. Man sollte eben Dinge, die man macht, halt schon verstehen. Und das ist bei der vorigen Vorlage. Das ist kein Seitenhieb, sondern ein konkretes Beispiel. Das sieht man auch daran, wie oft die Geschäfte zurückgewiesen wurden.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht ist. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4435 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, Seite 6, § 87.

Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:
1. Das Postulat von Andreas Bärtsch vom 20.1.2019 betreffend Bildung einer Begleitkommission für die Ausarbeitung der Versorgungsregion mit Binningen und Schönenbuch, Geschäft 4435, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem zustimmen möchte, bitte ich, dies mit Karte zu bezeugen.

://

Sie haben dieses Geschäft mit 37 Ja und 1 Enthaltung angenommen.

Wer den Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll das mit Karte bezeugen.

://

Sie haben dieses Geschäft einstimmig abgeschlossen.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Ich möchte mich an dieser Stelle noch ganz herzlich für die vielen Anregungen und Voten bedanken. Ich nehme die gerne mit auf den Weg. Ich möchte mich meinerseits aber auch herzlich fürs Verständnis bedanken.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Verfahrenspostulat von Christian Kellermann, CVP, vom 12.10.2020,
betreffend Einwohnerratssitzung in der Legislatur 20/21
Videostreaming via Internet
Antrag des Büros: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: ER-Büro, Geschäft 4534

Christian Kellermann, Präsident: Stellvertretend fürs Büro würde ich gerne das Wort dazu übernehmen. Bereits heute ist die Öffentlichkeit wie im Frühling nach dem Lockdown zu den ersten Einwohnerratssitzungen vorübergehend nicht mehr zugelassen. Deshalb ist es wichtig, dass das Einwohnerratsbüro zusammen mit der Gemeindeverwaltung die technischen und finanziellen Möglichkeiten für die Live-Tonübertragung der Einwohnerratssitzung über das Internet untersucht und abklärt. Das Büro erhofft sich, Ihnen das Resultat mit Kosten und Vergleichen zu anderen Einwohnerratssitzungen der benachbarten Gemeinden oder auch aus dem kantonalen Landrat in Kürze vorzustellen. Bis dahin bleibt halt alles wie gehabt. Das Einwohnerratsbüro bittet um Überweisung, damit die ersten Abklärungen getroffen werden können. Die interessierten Allschwiler wären Ihnen dankbar. Wenn kein Gegenantrag vorliegt, findet die Diskussion statt. Liegt kein Gegenantrag vor?

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Einwohnerratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich stelle den Antrag auf keine Live-Schaltung der Einwohnerratssitzung, mit und ohne Ton, mit und ohne Bild. Einfach keine. Das wäre mein Gegenantrag.

Christian Kellermann, Präsident: Vielleicht zur Präzisierung: Das wäre keine Abstimmung darüber, ob man das möchte, sondern es wäre einfach mal eine erste, technische Abklärung mit dem dazugehörenden finanziellen Aspekt.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Werter Präsident. Das ist mir schon klar. Ich sehe einfach keinen Mehrwert, wenn man nun diese Kosten ausrechnet. Es gibt einen grossen Mehraufwand in der Verwaltung, einen aus meiner Sicht unnötigen Aufwand, der generiert wird. Daher mein Antrag auf Nichteintreten, dass gar keine Übertragung gemacht wird. Wir haben am nächsten Tag eine Live-Schaltung, kann man fast sagen, mit etwas Verspätung als Tonprotokoll im Internet und zwei drei Tage später haben wir das Wortprotokoll dann zum Lesen. Zuschauer gab es in den letzten Jahren, seit ich dabei bin, nie wahnsinnig viele. Bin ich ehrlich, dann waren es fünf bis zehn Leute. Um für diese paar wenigen einen solchen Aufwand zu betreiben, dafür stimmt Aufwand und Ertrag nicht.

Christian Kellermann, Präsident: Es liegen keine weiteren Wortbegehren vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer das Verfahrenspostulat überweisen möchte, soll das bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Verfahrenspostulat mit 19 Nein zu 16 Ja und 1 Enthaltung abgelehnt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, zum Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 18.2.2019, betreffend Allschwiler Kulturwoche ein «grosser Erfolg» - bleiben wir dran?
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4443 / A

Christian Kellermann, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Besten Dank für die Möglichkeit. Ich gebe doch gerne dem Gemeinderat die Gelegenheit, seinen Bericht vorzustellen. Merci.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Eigentlich wollte ich mich dahingehend äussern, das war ja im September, damals wollte ich für die Tage des Denkmals Werbung machen. Die Tage des Denkmals wollte der Gemeinderat eigentlich als Gelegenheit für eine zweite Kulturwoche nutzen. Es hätte ein wenig mehr kommen können, Corona machte uns leider einen Strich durch die Rechnung. Nun haben wir auch die Beantwortung dieses Geschäfts etwas später. Nichtsdestotrotz, ja, der Gemeinderat möchte natürlich eine gewisse Periodizität in die Kultur bringen, Sie konnten das dem Bericht selbst entnehmen. Zum Postulat, resp. zur Beantwortung: Die wichtigste Botschaft ist Ja. Der Gemeinderat möchte eine Fortsetzung der Kulturwoche. Die zweite Botschaft: Aus den Erfahrungen der ersten Woche muss man klar sagen, das kostet was. Die Anstrengungen, nebst dem Tagesgeschäft der Fachstelle Kultur bei der Organisation der Kulturwoche 2018 können und müssen Ausnahme bleiben. Im Bericht an den Einwohnerrat im Kapitel 2 werden Varianten der Organisation klar dargestellt und was sie auf personeller Ebene bedeuten würden. Damit eine wiederkehrende Kulturwoche, favorisiert vom Ressort Kultur ein sog. Festivalkonzept, längerfristig Erfolg hat, benötigt es einen professionell gestalteten und beworbenen, also mit Marketing entsprechend gestützten Prozess. Zusammen mit den Gagen und Sachkosten werden für die Durchführung einer weiteren Kulturwoche ca. 115'000 Franken für einen Bereich, also eine Bühne, 150'000 Franken für zwei Bühnen geschätzt. Jede weitere Bühne kostet jeweils etwas mehr. Diese Zahlen können Sie dem Bericht entnehmen. Die dritte Botschaft ist der Satz im Bericht an den Einwohnerrat. Ich zitiere aus dem Bericht: „Die Periodizität der Durchführung künftiger Kultur-Events analog der Allschwiler Kulturwoche wird vom Gemeinderat im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Kulturleitbildes festgelegt.“ Die Erarbeitung eines neuen Kulturleitbildes und -konzepts begann dieses Jahr. Da ist man jetzt mittendrin. Ich konnte dieses Geschäft mit gutem Gewissen meinem Nachfolger, Andreas Bammatter in der Kultur, weitergeben. Der Gemeinderat hofft auf die Unterstützung des Einwohnerrats im Budgetprozess und anschliessend beim gemeinsamen Erarbeiten des sog. Kulturleitbilds. In diesem Sinne bittet Sie der Gemeinderat um Abschreibung dieses Postulats, damit die Arbeiten im besprochenen Rahmen weitergehen können.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Besten Dank Herr Präsident und besten Dank, Christoph Morat, für die Ausführungen. Der Antrag war, im Einwohnerrat zu prüfen, ob eine periodische Durchführung dieser Kulturwoche, die nun einmalig stattfand, konzeptionell vorwärtsgetrieben werden kann. Ich finde, der vorliegende Bericht ist gut gelungen. Die Verwaltung hat da mal eine Auslegeordnung gemacht, welche Möglichkeiten bestehen, Varianten mit Vor- und Nachteilen aufgelistet, und eben auch, dass Kultur nicht gratis ist. Das sieht man daraus und ist uns, glaube ich, allen bewusst. Durch die nun vorherrschenden Umstände merkt man, dass es immer weniger Möglichkeiten gibt, sich sehen zu können, sich kulturell auszutauschen, aber auch, dass es momentan ein Manko gibt und es ein Bedürfnis ist, dass es so etwas hier gibt. Ich danke dem Gemeinderat vielmals für die Ausführungen. Wie der Einwohnerrat weiterfahren will ist eine Frage der nächsten Vorstösse. Ich danke vorerst mal für die Auslegeordnung. Ich habe gleich die noch im Raum gestandene Antwort erhalten, wie es um die Leitbildmassnahmen steht, resp. die Umsetzung des Kulturleitbilds, das der Gemeinderat erarbeiten möchte. Die Frage ist lediglich noch: Wird es dem Einwohnerrat vorgelegt oder nimmt der Einwohnerrat davon Kenntnis, kann er oder unsere entsprechende Fachkommission sich dabei noch einbringen? Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Besten Dank. Die Rednerliste ist für die allgemeine Beratung eröffnet. Es scheint nicht der Fall zu sein. Ich frage den Rat an, ob er zusätzlich abschnittsweise Beratung des Berichts erwünscht ist. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratung des

Geschäfts 4443 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, Seite 9, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:
1. Das Postulat Nr. 4443 wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen möchte, soll das bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung über das Geschäft als Gesamtes. Wer den Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll es ebenso mit Karte bezeugen.

://:

Auch dies ist einstimmig abgeschlossen. Besten Dank.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Zwischenbericht des Gemeinderates, vom 19.8.2020, betreffend
Motion Überarbeitung Abfallbewirtschaftungsreglement
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4467A

Christian Kellermann, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat an, ob Eintreten bestritten ist. Wenn nicht, übergebe ich das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Danke vielmals. Der Ihnen vorliegende Bericht ist aktuell so nicht mehr gültig. Da gibt es wieder den Faktor Zeit, ihr könnt euch erinnern, gewisse Traktandenlisten haben die Behandlung dieses Traktandums schon oft vorgesehen. Mittlerweile sind wir glücklich, dass es vorhanden ist. Das Grossartige daran ist, dass es sich ins Positive gewandelt hat. Eigentlich wollte ich Ihnen sagen, wir haben noch keine Antwort erhalten, wir warten immer noch darauf. Mittlerweile kann ich Ihnen sagen, es ist großartig, wir haben vom Kanton Ende September endlich das Musterreglement zur Abfallbewirtschaftung zugesandt erhalten. Das ist nun die Grundlage, die nehmen wir nun, um die Revision des Abfallreglements an die Hand zu nehmen. Einen Terminplan haben wir noch nicht festgelegt und auch das konkrete Vorgehen ist noch nicht festgelegt, das ist Gegenstand der nächsten Arbeiten, die wir zusammen in Angriff nehmen werden. Wie es dann weitergeht, werde ich an gegebener Stelle ausformulieren können. Wenigstens sind die Grundlagen da, wir können so arbeiten, wie es angedacht war, und das ist schon mal ein guter Schritt.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist für die allgemeine Beratung eröffnet.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Werte Damen und Herren, geschätzter Präsident. Ja, ich habe immer eine ganz grosse Freude, wenn ein Papier des Gemeinderats mich erfreut. In die paar wenigen Jahre, die ich politisch mitgearbeitet habe, zurückblickend kann ich sagen, noch keine Handvoll Zwischenberichte wurden je dem Einwohnerrat vorgelegt. Ich bin sehr froh, dass der Gemeinderat gezeigt hat, was läuft, wo wir stehen, wie es weiter geht. Danke schön, Philippe. Trotzdem, ich bin ein wenig eine Wundernase. Wie geht es weiter? Was ist nun neu drin? Kann man das schon verraten oder soll ich warten, bis es in der Kommission ist? Merci.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Wie gesagt, ich habe mir vorgenommen, dass wir das Mitte November zusammen anschauen werden. Grund dafür war eine andere Auslastung beruflicher Natur bis Ende Oktober. Dementsprechend gibt es gewisse Dinge, die auf der Liste sind. Ich weiss gar nicht en detail, was alles drinsteht, wie es aussieht, wie kompatibel oder nicht kompatibel es ist. Aber sobald ich mehr weiss, kann ich sicher auch informieren, ansonsten teil-bilateral. Was für das Vorgehen für den November traktandiert ist, ist vorhanden, und wir werden uns daran machen, es aufnehmen zu können.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob er zusätzlich abschnittsweise Beratung erwünscht ist. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratung des

Geschäfts 4467 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, Seite 4, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Zwischenbericht Geschäft 4467 wird zur Kenntnis genommen.

Wer dem zustimmen möchte, bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung über das Geschäft. Wer diesen Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Auch dies haben Sie einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates vom 16.9.2020, zum Postulat von Fredy Rellstab, SVP-Fraktion, vom 5.6.2019, betreffend PV-Anlage auf dem Dach des Gemeindezentrums in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4469 / A

Christian Kellermann, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person.

Fredy Rellstab, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich übergebe aber zuerst das Wort dem Gemeinderat.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, danke schön Fredy. Geschäft 4469 kann ich auch kurz ausführen. Das Postulat von Fredy Rellstab liegt wie erwähnt vor und rennt eigentlich offene Türen ein. Sie sehen, wir haben die Installation einer PV-Anlage auf dem Gemeindehaus geprüft und kommen zum Schluss, dass es eigentlich eine gute, runde Sache ist. Die Kennzahlen entnehmen Sie bitte dem Bericht. Es sticht heraus, dass wir bereits nach elf Jahren Einsparungen von jährlich rund 12'000 Franken werden machen können. Das ist doch eine gute Nachricht. Ich hoffe, dass auch das, wie das vorherige, erfreulich ist. Ich hoffe, der Postulant ist damit zufrieden, und ich bitte darum, das Postulat so abzuschreiben.

Fredy Rellstab, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mich bedanken, dass es so schnell angenommen wurde, und hoffe, dass der Gemeinderat auch in Zukunft zu erneuerbarer Energie steht. Merci.

Christian Kellermann, Präsident: Vielen Dank. Somit ist Die Rednerliste für die allgemeine Beratung ist eröffnet.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich greife nun vielleicht auf die Budgetsitzung vom Dezember vor. Dann wird die FDP einen Vorstoss bringen, diesen Budgetposten, 210'000 Franken, zu reduzieren. Mit dem einfachen Grund, wir sind nicht gegen die PV-Anlage auf dem Dach der Gemeindeverwaltung, das finden wir auch eine gute Sache, aber wir sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, diese PV-Anlage selber zu betreiben und selber zu bauen. Sondern die FDP-Fraktion ist der Meinung, es gibt heutzutage genügend Anbieter auf dem Markt, die solche Anlagen auf Dächern installieren und betreiben. Das hätte für die Gemeinde etliche Vorteile. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Verwaltung würden nicht so stark mit dem Betrieb dieser PV-Anlage belastet und könnten sich mehr den Vorstössen des Einwohnerrats widmen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich würde gerne für die Presse und für die sonstigen Hobby-Schreiberlinge darauf aufmerksam machen, dass die SVP wieder einmal

grüner als grün war. Wenn es der Sache dient, werden wir auch röter als rot werden. Blauer als blau sage ich nun nicht. Danke schön.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob er zusätzliche, abschnittsweise Beratung wünscht. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratung des Geschäfts 4469 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, Seite 5.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:
1. Das Postulat, Geschäft 4469, wird als erledigt abgeschrieben.
Wer dem zustimmen möchte, soll das bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Wer diesen Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll es auch mit Karte bezeugen.

://:

Das Geschäft wurde einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Interpellation von Etienne Winter und Lucca Schulz, SP-Fraktion,
vom 2.12.2019 betreffend PV-Anlagen auf Gemeindeliegenschaften
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4498 / A

Christian Kellermann, Präsident: Das Wort hat zuerst der Interpellant.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident, geschätzter Gemeinderat. Zuerst mal vielen Dank für die sehr ausführliche Beantwortung unserer Interpellation. Wir sind uns bewusst, wir haben sehr viele Fragen gestellt. Wir sind aber auch sehr froh, dass alles wirklich sehr ausführlich und aus unserer Sicht sehr schlüssig beantwortet wurde. Einzig bei der Frage 6 haben wir etwas Bedenken oder haben wir uns gewundert. Es geht um die PV-Anlage auf dem Dach der Turnhalle. Man hat in diesem Fall energiepolitisch und umweltpolitisch das schlechtere Angebot genommen, was sogar im Bericht steht. Auch, dass es nur ein kleinerer Teil der Dachfläche bedeckt und weniger Strom produziert. Man habe sich für dieses Angebot entschieden, weil man einen jährlichen Gewinn von mehr als 3'000 Franken macht. Wir können das zwar nachvollziehen, dass man rein ökonomisch denkt, finden aber, dass man den energiepolitischen Aspekt höher gewichten sollte als 3'000 Franken in einem Budget von über 100 Mio. Noch einmal Dankeschön für diese sehr ausführliche Beantwortung.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Danke vielmals Lucca Schulz für die lobenden und schönen Worte. Die kann ich gerne weitergeben. Was da getan wurde, war wirklich eine anspruchsvolle Übung, um das alles beantworten zu können. Zu Frage 6, ja, im Nachhinein ist man vielleicht immer schlauer und würde vielleicht anders entscheiden, man hätte vielleicht andere Grundlagen, der Markt hat sich komplett verändert, es gibt andere Gegebenheiten auf dem Markt. Wir haben es mal einfach so entschieden, vielleicht werden wir das nächste Mal anders entscheiden. Das vorhandene Angebot wird entscheiden, was vorliegen wird, wird werden es sehen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Eine Frage an Philippe Hofmann: Ist auf der neuen Überbauung, also aus dem neuen Konzept heraus, für das Jugendhaus beim Bachgraben eine PV-Anlage angedacht oder nicht?

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es ist dort eine PV-Anlage optional vorgesehen. D.h. wir werden dann im Rahmen des Bauprojektcredits entscheiden können, ob sie noch Platz hat oder nicht.

Christian Kellermann, Präsident: Wenn kein Gegenantrag vorliegt, findet die Diskussion statt. Die hat zwar bereits begonnen, jetzt aber ist die Besprechung offiziell eröffnet.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Es ist eine aussergewöhnlich lange Interpellation, die wir gestellt haben. Ich muss Gemeinderat Philippe Hofmann schnell ein Kränzlein winden, der stets bedacht ist, auch bei grösserem Umfang mit den Interpellanten das Gespräch zu suchen und zu fragen, wie, wo wollt ihr es umgesetzt haben. Weil eben, in einer der nächsten Sitzungen war das nicht möglich. Ich danke auch fürs Verständnis. Es war nicht unsere Anregung, nun auf diese Frist zu pochen, sondern eine qualitative Antwort zu haben. Das schätze ich bei Gemeinderat Philippe Hofmann sehr. Der Mango respektiv Dolgen wurde hier angesprochen, was wir wirklich nicht verstehen. Denn der Gemeinderat sagt, der Gemeinderat sei seiner Verantwortung bei der Eindämmung der Klimaerwärmung bewusst und gewillt, Veränderungen herbeizuführen. Sobald es aber 3'000 Franken höher ist, scheint es schwierig zu sein. Das verstehe ich nicht ganz, weshalb man eine Anlage installiert, die ein Fünftel von dem, was möglich wäre, wenn denn schon ein Dachpotential vorhanden ist, produziert, sich aber hingegen wegen 3'000 Franken dagegen entscheidet. Ich finde, das ist ein schwacher Trost. Hier bringt ein Leitbild auch nicht viel, das ist eher ein Leidbild. Ich finde es auch eine etwas sonderbare Antwort, wenn der Einwohnerrat jahrelang sagt, diese Photovoltaikanlagen machen Sinn, auch im Kanton es bei jedem neuen Schulhausbau einfach gemacht wird, fertig, und ich dann aber höre: „Wenn's in diesem Projekt noch reinpasst ...“. Ich weiss nicht, ich meine schlussendlich, ist das Vorprojekt im Kinder-, Jugend- und Familienhaus, also der Neubau, nun praktisch abgeschlossen. Ich glaube der Kreditrahmen wurde nicht vom Einwohnerrat gesprochen, sondern das liegt in der Kompetenz des Gemeinderats, dann kann er das tun. Ich bin sehr darauf bedacht, ich nehme mal schwer an, dass der Gemeinderat sich auch tatsächlich entscheidet. Wir haben nun eine Anlage, weshalb sollte man sie nicht erweitern? Ich meine, die Gegebenheiten sind da. Ich appelliere an den Gemeinderat, dies zu fokussieren, damit wir tatsächlich eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Besten Dank.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Dankeschön zum Zweiten. Robi Vogt, du bist ja länger Gemeinderat als ich Einwohnerrat. Wenn es mir recht ist - ich möchte nun nichts unterstellen - warst du auch schon Gemeinderat, als der Gemeinderat damals vor Jahren das Energiestadt-Label verkaufen wollte. Wie grossartig das sei. Das wolltet ihr unbedingt. Der Rat wollte es damals nicht. Genau darin gab es einer dieser Punkte, dass auf gemeindeeigenen Neubauten eine PV-Anlage umzusetzen ist. Dies zu einer Zeit, in der ich sogar Andreas Bärtsch noch unterstützt hätte, dass man das extern vergeben sollte. Aufgrund meiner beruflichen Erfahrung im Bauen unserer Anlagen bin ich heute aber absolut anderer Meinung. Ich bin der Meinung, dass die Eigenoptimierung und Eigennutzung gerade eben für gemeindeeigene Bauten das Richtige sind, und dass sich der Aufwand in der Gemeinde in überschaubarem Rahmen hält. Gerade in diesem Zusammenhang, als ihr uns das damals verkaufen wolltet und wir nun an diesem Punkt angelangt sind, wo wir es nun machen sollten, können und müssen, verstehe ich ehrlich gesagt nicht, dass man bei gemeindeeigenen Projekten wegen zum Teil kleinen Preisdifferenzen sagt, man führe das nicht aus oder man behalte es sich als Option vor. Genau in diesem Bereich, in dem wir heute unterwegs sind, und auch wenn man weiss, dass diese Anlagen von den Preisen her im Vergleich zu noch vor 10 - 15 Jahren ziemlich heruntergekommen sind, bin ich doch ganz klar der Meinung, dass es heutzutage ein Muss ist, in Verbindung mit dafür vorgesehenen, vorhandenen Systemmöglichkeiten. Ich möchte dich schon noch einmal darum bitten, noch einmal über die Bücher zu gehen, bevor du das Geschäft so dem Rat präsentierst. Ich glaube nicht nur wir, sondern die Mehrheit der Fraktionen erwarten, wenn dieses Geschäft kommt, dass das bereits eingeplant ist und das Preisschild bereits dranhängt. Alles andere wäre für mich unverständlich. Wenn man heute solche Auflagen in Quartierpläne aufnimmt und die Gemeinde Allschwil sich das aber soweit ausbedingt, glaube ich, wäre das auch für alle anderen nicht nachvollziehbar. Ich bitte euch, wirklich noch einmal eine Extrarunde zu nehmen. Das Papier ansonsten, Philippe Hofmann, Etienne hat es bereits gesagt, erachte ich als sehr detailliert und zielführend. Wenn ihr es schon so detailliert und zielführend ausgearbeitet habt, es dann auch noch detailliert und zielführend umsetzt, wären wir alle auf demselben Nenner.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich sehe das bezüglich der PV-Anlage des Schulhauses Gartenhof genauso wie meine Vorredner, dass es sehr schade ist, dass man es nicht gemacht hat. Ich möchte trotzdem noch eine Frage dazu stellen: Und zwar, es ist nun schon bald fünf Jahre her, seitdem sie gebaut wurde. Seitdem sind die Anlagekosten sicher um rund 30 % gesunken. Meine Frage ist: Ist im Vertrag mit der ADF eine Erweiterung optional drin, damit man das noch zu einem späteren Zeitpunkt machen könnte? Wenn

nein, beabsichtigt der Gemeinderat anzufragen, ob die ADF bereit wäre, das noch zu erweitern? Denn das Dach ist nach wie vor relativ neu, d.h. es wäre immer noch möglich. Es würde wahrscheinlich immer noch Sinn machen. Es gibt unterdessen auch mit einer Einmalvergütung mehr Subventionen. Es kann sein, dass die Antwort nun nicht kommt, aber vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Jetzt überrasche ich euch alle, es kommt eine Antwort, auch wenn ich nicht vorbereitet war. Das ist meinen Gemeinderatskollegen zu verdanken. Ja, tatsächlich ist es im Vertrag, dass man das durchaus machen könnte. Ich meine, da ist auch ein Preisschild mit dabei. Dieses wird aber wohl mit Vorsicht zu geniessen sein, tempus fugit. Es gibt ein etwas anderer Markt und andere Bedingungen, als sie damals herrschten. Von daher ist das sicher etwas, das man wieder aufgreifen könnte. Wenn ich die Zeichen aus dem Einwohnerrat fraktionsübergreifend höre, können wir uns das sicher auch auf die Fahne schreiben. Zu den vorigen Rednern betreffend die Voten zum Jugend-Freizeithaus-Neubau: Seite 9 im Bericht, den ich vorher vertreten durfte, Antwort 8, im allerletzter Satz steht: „Aus diesem Grund wird der Gemeinderat im Rahmen von Sanierungsprojekten sowie bei Neubauten konsequent die Installation von PV-Anlagen berücksichtigen.“ Nun ist es wohl an uns, das Ganze zusammen hinzukriegen, und es ist an euch, damit wir dafür genügend Geld erhalten.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Es liegt auch kein Gegenantrag vor. Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 9

Interpellation von Ueli Keller, Grüne, vom 3.2.2020, betreffend
Funkantennen – insbesondere 5G

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4508 / A

Christian Kellermann, Präsident: Das Wort hat zuerst Ueli Keller.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön. Geschätzte Anwesende. Ich finde diese Antwort sehr lesenswert. Danke vielmals. Sie ist informativ, sie ist qualifiziert, sie ist differenziert. Mit dem Thema 5G ist mir nicht sehr wohl, wirklich nicht, aus verschiedenen Gründen. Der erste Grund ist, dass ich mich frage, muss denn immer noch alles noch mehr und noch schneller und noch mehr konsumiert und kommuniziert werden und digital funktionieren. Für mich ist hier die Frage nach dem gesunden Mass. Eine zweite Fragestellung, da werden mich wahrscheinlich einige in die Verschwörungstheoriebranche setzen, die mit meiner Beunruhigung zu tun hat: Ist denn eigentlich wirklich nicht vorgesehen, dass wir global Tag und Nacht à la China überwacht werden könnten? Möchte man nicht einfach immer Ruhe? Das ist, glaube ich, auch etwas, was die Bevölkerung im Zusammenhang mit diesem Mobilfunk verunsichert. Die dritte Frage finde ich auch für die Gemeinde einigermaßen relevant. Da gibt es von mir eine Kritik an diesem Bericht oder an der Haltung des Gemeinderats. Die Haltung des Gemeinderats ist bezüglich der Verantwortung sehr zurückhaltend. Der Mobilfunk wird auf dem Gemeindeareal aufgestellt. Immer noch mehr und immer noch mehr. Es ist sehr umstritten, das ist mir bekannt, ob das gesundheitsschädigend ist oder nicht. Sehr umstritten. Ich habe hierzu keine feste Meinung. Aber ich bin der Meinung, wenn etwas bezüglich Gesundheitsschädigung umstritten ist, dann sollte man es nicht unbedingt tun und forcieren. Meine Meinung geht auch in Richtung Verantwortung des Gemeinderats, nicht so zurückhaltend zu sein und die Möglichkeiten, die man als Gemeinde hat, auszuschöpfen und in Frage zu stellen und konsequent auch zu bremsen. Die ganze 5G-Frage wurde im Rahmen des Stammtisches für ein belebtes Allschwil an mich herangetragen. Es gab ein hohes Bedürfnis nach Information der Bevölkerung über das 5G. Was ist das? Was sind die Risiken? Was muss man beachten? Wohin geht die Gemeinde damit? Natürlich, dann hat man mal vom Gemeinderat aus eine Veranstaltung in diesem Sinne in Aussicht gestellt. Weshalb diese Veranstaltung nicht stattgefunden hat, ist klar. Es gibt aber noch andere Informationskanäle und Orientierungsmöglichkeiten als nur eine Veranstaltung mit persönlicher Präsenz. Ich möchte den Gemeinderat bitten, im Sinne einer Orientierung, sich mal wirklich offiziell zu dieser 5G-Geschichte zu äussern. Insbesondere zu dem, was in Allschwil läuft und vorgesehen ist und wie es weiter geht und wie der Gemeinderat sich dazu stellt. Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Danke vielmals. Es freut mich auch hier, dass lobende Worte zurückkommen, dass die Zeilen lesenswert sind. Das

bedeutet doch, dass diese Arbeit gut gemacht wurde. Der Tadel folgt sogleich im Verhalten des Gemeinderats. Auch das nehme ich zur Kenntnis, dass wir zurückhaltend sind. Das mag vielleicht so überkommen, wahrscheinlich ist es auch ein wenig der Tatsache geschuldet, dass der Gemeinderat schlicht und einfach nicht der richtige Adressat ist, um Dinge forcieren zu können. Es gibt Richtlinien und Gesetze, wir haben sie bereits beschrieben. Der Gemeinderat ist in diesem Fall nicht zuständig. Nur schon das Bewilligungsverfahren ist eine kantonale Aufgabe. Das Gesetz über die nicht ionisierende Strahlung - ich kann nicht einmal die Abkürzung auswendig - ist sogar auf Bundesebene, wie auch weitere andere eidgenössische Gesetze, die es zu berücksichtigen gilt. An diesem von Ueli erwähnten Stammtisch war ich selbst auch persönlich dabei. Ich habe dieses Bedürfnis entgegengenommen. Danke, dass das Verständnis vorhanden ist, weshalb dieses Podium nicht stattfinden konnte. Ich finde, ein Podium ist immer noch eines der geeignetsten Plattformen und Möglichkeiten, um solche Dinge diskutieren zu können. Wenn aber der Wunsch vorhanden ist, dass der Gemeinderat sich offiziell äussern sollte, dann würde ich auf den vorhandenen Bericht verweisen. Darin haben wir klar unsere Möglichkeiten auf sehr konkrete Fragen bereits beantwortet, wie der Gemeinderat zu den Möglichkeiten steht. Insbesondere Frage 1: „Welches Interesse hat der Gemeinderat?“ Dazu nimmt der Gemeinderat klar Stellung. Irgendwann sind diese Berichte öffentlich und überall zugänglich. Von daher hat die Positionierung bereits stattgefunden. Nichtsdestotrotz, aufgeschoben ist nicht aufgehoben, 5G wird uns weiterhin begleiten, das lässt uns nicht irgendwann einfach los. Es sollte möglich sein, dass wir ein solches Podium durchführen können und dafür, sage ich mal, echte Interessensvertreter beiderseits gewinnen können. Dann ist es sicher eine Anlage, dass wir versuchen werden, diese Übung wieder auf den Tisch zu bringen. Es ist nicht vom Tisch, nur momentan schlichtweg nicht möglich. Sich in irgendeiner anderen Form zu äussern, dazu hat sich der Gemeinderat noch nicht beraten. Da ist nichts spruchfrei, was wir heute Abend als Alternative präsentieren könnten.

Christian Kellermann, Präsident: Auch hier findet eine Diskussion statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Das ist somit nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste eröffnet. Es gibt keine Wortmeldung. Somit zählt auch diese Interpellation als beantwortet und erledigt abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 10

Interpellation von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 19.2.2020,
betreffend Reinigungspersonal in den Allschwiler Gebäuden
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4509 / A

Christian Kellermann, Präsident: Das Wort erhält zuerst Niklaus Morat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zuerst möchte ich mich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation bedanken. Ich habe vorerst eine Bemerkung und zwei Zusatzfragen. Bei der Bemerkung geht es um Punkt 6, also um die von uns gestellte Frage 6: Wie hoch wäre der finanzielle Mehraufwand, wenn das Personal öffentlich-rechtlich angestellt wäre? In der Antwort heisst es dann, es entstünde kein finanzieller Mehraufwand. Meiner Meinung nach stimmt das nicht, weil dann kämen die Damen, es sind ja alles nur Frauen, über die wir hier reden, auch in den Genuss von Dienstaltersgeschenk, je nach dem Ferien - darauf beziehe ich mich noch in der nächsten Frage. Also es gäbe ein finanzieller Mehraufwand. So steht übrigens auch im Bericht zum Budget, das wir in einem Monat behandeln werden, dass ein Teil des Personals neu öffentlich-rechtlich angestellt werden soll und dies ein finanzieller Mehraufwand geben wird. Zu meiner hier erwähnten, ersten Frage. Im Bericht zu meiner Frage 7 gibt es in der Beantwortung Angaben über den Stundenlohn dieser betroffenen Personen, dieser liegt durchschnittlich bei CHF 27.15. Da gibt es hoffentlich eine Ferienentschädigung. Denn jemand, der im Stundenlohn arbeitet, erhält keine bezahlten Ferien, sondern sie werden direkt entschädigt. Das ist hoffentlich nicht miteingerechnet, weil das meiner Meinung nach nicht zulässig, dass man die Ferien miteingerechnet. Also man muss einen Stundenlohn ausrechnen, plus Ferienzulage. Diese liegt bei 8,33 Franken bei vier Wochen Ferien sowie 10 Franken, etwas ungrad bei fünf Wochen Ferien. Das wäre die erste Frage. Zur zweiten Frage: Ganz zum Schluss steht geschrieben „Die zur Reinigung zur Verfügung stehenden Zeitfenster setzen Grenzen.“. Was genau ist gemeint mit diesen Zeitfenstern? Vielleicht hätte man dazu für mich ein Beispiel. Das wär's vorerst. Danke.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, lieber Niki. Zuerst vielleicht zu deinen Zusatzfragen. Erstens betreffend Ferienentschädigung: das ist absolut richtig, das kann nur zusätzlich bezahlt werden, soweit meine Kenntnisse rechtlicher Natur sind. Also ich nehme an, wir werden das auch so handhaben. Betreffend die zweite Frage wegen der Zeitfenster: Das ist natürlich das Thema, das sie jetzt gleich im Bürogebäude, also sprich in der Gemeindeverwaltung, sind diese Zeitfenster, in denen das Reinigungspersonal ihrer Arbeit nachgehen kann, natürlich nicht tagsüber. Denn sonst kann man letzten Endes nicht arbeiten. D.h. die Büros müssen leer sein, wenn das Reinigungspersonal ihre Arbeit macht. Deshalb sind diese Zeitfenster abends. Das wäre zu deinen Fragen. Dann noch zu deiner Bemerkung, kurz, wegen des Zusatzes oder Mehraufwands: Die Frage, die du ansprichst, wurde so beantwortet, dass man den Mehraufwand im Zusammenhang mit der Pensionskasseneinzahlung angeschaut haben. In dieser Hinsicht gibt es keinen Mehraufwand, weil die Pensionskassenpflicht erst ab einem gewissen Jahressalär zum Tragen kommt. Dieser wird bei den meisten, die hier im Reinigungsdienst angestellt sind, nicht erreicht. Das wäre erst dann erreicht, respektive es käme erst zu Mehrkosten im Hinblick auf die Pensionskasseneinzahlung, wenn dieser Mindestbetrag erreicht ist. Das macht aus unserer Sicht keinen Sinn, denn wir benötigen dieses Personal nicht in diesem Umfang, sondern in einem kleineren Pensum. Soviel zu meinen Ausführungen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank für die Beantwortung dieser Zusatzfragen. Noch einmal wegen dem Zeitfenster. Wenn nun das Reinigungspersonal nach 20 Uhr abends immer noch beschäftigt ist - also, gibt es das oder achtet man genau darauf, dass das nicht passiert? Denn ab dann gibt es Nachtzulagen und ich nehme an, dass auch Leute im Stundenlohn Anrecht auf diese Nachtzulagen haben.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich kann dazu nur so viel sagen. Wenn ich noch im Büro bin, das ist manchmal nach 20 Uhr, hat es auch noch Personal, das reinigt. Von daher werden sie auch noch beschäftigt sein und dann werden sie sicher die gesetzlichen Zulagen erhalten. Ich glaube nicht, dass wir uns unkorrekt verhalten.

Christian Kellermann, Präsident: Ist der Interpellant mit der Antwort zufrieden.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ja, es hätte auch nicht ein Vorwurf sein sollen, dass ich jemandem unterstelle, dass jemand ungerecht behandelt wird. Ich möchte alle Informationen darüber, dass die Leute auf den gesetzlichen Mindestlohn kommen, damit sie in die Pensionskasse einbezahlen können. Einfach als Schlusswort: Die ganze Beantwortung, die Arbeit ist gut so. Aber es bestätigt meine Befürchtungen, dass gewisse Leute einfach ins Prekariat rutschen. Wir werden das jedes halbe Jahr sehen, im nächsten Monat beim Budget und im Juni in der Rechnung, was uns das in der Sozialhilfe kosten wird. Deshalb bin ich der Meinung, wir sollten alles daransetzen, dass die Leute in eine Pensionskasse einzahlen können. Herzlichen Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Wenn kein Gegenantrag vorliegt, findet nun die Diskussion statt.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Liebe Nicki, schnell zum präzisieren, zum Nachfragen. Du hast gesagt, ab 20 Uhr. Ich bin der Meinung, in der Schweiz zählt abends 23 Uhr bis 6 Uhr morgens als Nachtarbeit, und nicht ab 20 Uhr. 23.00 bis 6 Uhr morgens, denn du hast von 20 Uhr gesprochen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich bin nicht sicher, Florian, meinstest du mich mit den Aussagen? Ah gut, dann gebe ich gerne weiter.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Also im jetzigen Personal- und Besoldungsreglement ist, glaube ich, aufgeführt, dass Nachtzulagen ab 20 Uhr bezahlt werden. Ich selbst bin bei der BVB angestellt in Basel-Stadt, ich erhalte ab 20 Uhr Nachtzulagen. Es kann sein, dass sich das OR anders darüber äusserst. Das wüsste ich nun ehrlich gesagt nicht.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet. Es gibt keine Wortmeldungen. Somit zählt diese Interpellation als beantwortet und erledigt abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 19.2.2020, betreffend öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen in Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4510

Christian Kellermann, Präsident: Wenn kein Gegenantrag vorliegt oder der Gemeinderat nicht unbedingt noch etwas dazu erwähnen möchte, wäre dieses Postulat überwiesen. Dies ist der Fall. Besten Dank.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 12

Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend Denkmalschutz Schulhaus Gartenstrasse
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4522

Christian Kellermann, Präsident: Auch hier gilt, wenn kein Gegenantrag vorliegt und der Gemeinderat nicht unbedingt etwas dazu erwähnen möchte, wäre dieses Postulat überwiesen. Das ist der Fall.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 13

Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend Denkmalschutz Portierhaus im Gewerbequartier Ziegelei
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4523

Christian Kellermann, Präsident: Wenn kein Gegenantrag vorliegt und der Gemeinderat nicht unbedingt das Wort dazu erhalten möchte, wäre dieses Postulat überwiesen. Das ist auch der Fall.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 14

Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend Lärmsanierung Baslerstrasse
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4521

Christian Kellermann, Präsident: Wem von der FDP darf ich das Wort geben? Dann also Jean-Jacques Winter bitte.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Gestern Nachmittag habe ich von der Postulantin ein paar Bilder erhalten. Spontan, als ich dieses Bild angeschaut habe, kam mir in den Sinn, ich könnte doch der Schulleitung einen Vorschlag machen - bitte Bild 2 - man könnte doch hier den nächsten Spieltag machen. Denn so viele Gluggerlöchli - bitte Bild 3 - nebeneinander in Allschwil findet man so schnell nirgends mehr. Die Postulantin hat mir auch zwei Mails geschickt „zur Vorbereitung Antwort Sanierung Baslerstrasse Allschwil“. Ich versuche kurz zwei längere Telefonate und die zwei Mails im Sinne der Postulantin zusammenzufassen. Übrigens

Martin, ich mache diesen Antrag nicht wegen der Spiele. In der Begründung des Gemeinderates, die übrigens sehr verdankt wird, Abschnitt 2 ist eine Stellungnahme erwähnt. Die Postulantin meint, ihr habt eine Begründung gemacht zur Nichtentgegennahme des Postulats. In Abschnitt 2 steht drin, es ginge um eine Stellungnahme. Bekannt, oder klar ist, dass das diesen Leuten nicht bekannt ist. Seit neun Jahren warten sie auf den Bericht, auf den laufenden Prozess. Festgestellt wird einfach, dass die Anwohnenden, die unterschrieben und verzichtet haben, bis heute auf dem Rechtsmittelweg nichts gehört haben. Das ist die Meldung, die ich erhalten habe, die man hier bitte als Begründung zu Abschnitt 2 sagen soll. Die Idee ist, es hätte mal eine Landratsvorlage gegeben von Herrn Kirchmayr, dem Vater Kirchmayr, worin der Fall ist - das ist ca. 6 Jahre her - dass davon ausgegangen wird, die Baslerstrasse sei saniert. Das ist vielleicht eine Möglichkeit, dass der Kanton mit der Gemeinde nicht genau verstehen würde. Die Bitte wäre von daher, dass wenn die Gemeindevertreter mit den zuständigen Leuten vom Kanton zusammensitzen würden und schauen, stimmen die Koordinaten, sind sie deckungsgleich bezüglich Zustands dieser Strasse. Ich möchte nicht viel mehr sagen zum Abschnitt 1, aber ganz klar steht hier drin, wer als Eigentümer zuständig ist für seine Strasse. Das ist ein anderes Thema, das wir miteinander anschauen können. Frau Gürtler hat drei Fragen, nein zwei Bitten und eine Frage, an den Kanton gestellt: Bitte 1: „Bitte teilen Sie mir die aktuellen Lärmwerte Tag und Nacht für meine Liegenschaft mit.“ Bitte 2: „Bitte teilen Sie mir die Prognose der Lärmwerte für das Jahr 2030 mit.“, wie es in der gemachten Verfügung war, ohne Sanierung. Nun die Frage: „Was sind die Pläne, um die Einhaltung der gesetzlichen Lärmwerte zu erreichen, und in welchem Zeithorizont.“ Auf diese Frage wartet sie noch. Hingegen ist eine Antwort gekommen: „Wir bedauern diese Verzögerungen. Ziel ist es, voraussichtlich im Jahre 2025 mit den Bauarbeiten zu beginnen.“ Das war am 12. Oktober.

Nun komme ich schnell zurück auf die Fotos. Ich hätte mir natürlich als Velofahrer, viele von uns sind Autofahrer auf diesen Spuren, gewünscht, statt bis zum 2025 zu warten, ein synchrones Brummen des Gemeinderats Richtung Liestal, dass diese Fallen, die es für alle, Auto, Velo, Motorräder, die darüber rollen, auf dieser Strasse gibt, vorher, nämlich zeitnah entschärft werden. Frau Gürtler ist selbstverständlich nicht der gleichen Meinung wie der Gemeinderat. Die Postulantin beantragt quasi über meine Schulter hinaus, das Postulat doch zu überweisen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Ich meinte, es gehe um Lärm. Jetzt geht es aber irgendwie um eine Sanierung. Das scheint mir ist als Strassenbau eher in einer anderen Kiste angesiedelt zu sein. Ich bin nun, Schaggi, nicht schlau geworden, aus welchem Bericht, welchem Abschnitt 2 du da vorgelesen hast. Ich bin nun nicht ganz auf der Höhe, welcher Abschnitt 1 ist, was das Ganze ist. Ich habe das anders vorbereitet. Vielleicht datierst du mich schnell auf, vielleicht finde ich es gleich, und dann erzähle ich, was ich sagen wollte.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Eure Antwort zur Begründung der Nichtentgegennahme, vom 17. August, der zweite Abschnitt. Über die Stellungnahme des Kantons stolperten die Anwohner, weil sie nichts davon wissen würden, was konkret seit neun Jahren geht. Die Idee wäre doch, ob man von eurer Seite eine Info schreiben könnte, damit die Leute ein wenig eine Ahnung haben, was bei der Sanierung des Lärms läuft. Die Bilder habe ich schnell gebraucht, um zu sagen, man kann nicht bis zum 2025 warten, bis die Lärmsanierung gemacht wird, wenn wir die Chance haben, das vorher zu tun. Als Velofahrer in der Dämmerung, aber auch von Autofahrern habe ich schon paar Mal gehört, es habe Löcher, das ist unangenehm. Es sind zwei Dinge, Philippe, ist klar, eine Bitte der Anwohner ist die Information darüber, wie es weitergeht, und die andere Bitte, nicht so lange zu warten, bzw. ihre Bitte, etwas zu unternehmen. Kann ich es so trennen? Also, es sind zwei Bitten. Danke Philippe.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Also. Ich nehme mal stellvertretend die Bitte wegen dieser Löcherpiste entgegen, auch wenn der Strassenbau woanders angesiedelt ist. Aber ich weiss, was du meinst, ich kann es nachvollziehen. Es ist sowohl als Velo- wie auch Autofahrer ein Spass, da drüber zu fahren, das geht immer ganz reibungslos. Nein - Spass beiseite. Es ist in einem hundsmiserablen Zustand, das ist mir auch bekannt. Wir nehmen das mal so zur Kenntnis. Mittlerweile habe ich auch das Beiblatt zur Traktandenliste vom 9. September, das war mir digital nicht mehr vorhanden, deshalb habe ich auch total nicht geschnallt, was du gesagt hast. Mea culpa, ich bitte um Entschuldigung. Jetzt weiss ich auch, was die Begründung der Nichtentgegennahme war. Wir nehmen es, wie gesagt, entgegen, was den Sanierungsbedarf betrifft und die Situation von 2025. auf der anderen Seite, was den Lärm betrifft, was mit dem Abschnitt 1 eigentlich ist, dass wir als Gemeinderat eigentlich der falsche Adressat sind, so gerne ich auch dem Bedürfnis Verständnis entgegenbringe. Das ist nicht der Gemeinderat, der das macht, und durchsetzen können wir schon gar nichts, weil es eine Strasse des Kantons ist. Dies steht bereits so geschrieben, wurde so erläutert. Deshalb sind wir auch der Meinung, dass der Gemeinderat das gar nicht entgegennehmen kann, muss, soll, weil er schlichtweg nichts

dagegen tun kann, sondern, dass es Sache des Kantons ist. Deshalb sind wir für Nichtentgegennahme.

Christian Kellermann, Präsident: Vielen Dank. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet. Es gibt keine Wortmeldung. Somit kommen wir gleich zur Abstimmung über die Überweisung dieses Postulats. Wer dem zustimmen möchte, dass es überwiesen wird, soll das bitte mit Karte erheben bezeugen. Könnt ihr die Karte bitte gut aufstrecken, damit man sie sieht - ich weiss, es ist schon später Stunde. Aber es ist das letzte Geschäft, nachher ist Feierabend.

://:

Sie haben dieses Geschäft mit 19 Nein zu 14 Ja und 4 Enthaltungen nicht überwiesen.

Christian Kellermann, Präsident: Somit wären wir am Schluss. Es ist jetzt 21.35 Uhr. Ich danke euch fürs Aushalten. Nun konnten wir doch ein paar Geschäfte weiter vorantreiben können. Ich wünsche euch eine gute Zeit. Dann bis anfangs Dezember.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Geschätzte Anwesende. Ich möchte trotzdem noch schnell auf das Votum von Etienne Winter betreffend Traktandum 16 kommen. Da ist der Gemeinderat für Entgegennahme. Wenn man nun sagt, man ist nicht dafür, dann verschieben wir es. Aber wenn keine der Anwesenden dann da ist, dann würden wir es gerne, sehr gerne entgegennehmen. Deshalb bitte ich den Präsidenten, zu fragen, ob jemand gegen Entgegennahme ist. Aber jetzt, das geht schnell.

Christian Kellermann, Präsident: Also, ganz kurz, Christoph Ruckstuhl.

Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Werter Präsident, werte Anwesende. Ich stelle den Antrag, dass man die zwei übrigen Traktanden auf der Traktandenliste noch behandelt.

Christian Kellermann, Präsident: Vorschlag, dass wir das letzte Traktandum 16, kurz und spitz ... das geht nicht? Mit einer 2/3-Mehrheit könnte man das eine nun zur Kürze abschliessen, denn beide Traktanden wären dann schon zu viel. Ich bitte um schnelle Abstimmung, damit wir das letzte Traktandum, bei welchem der Antrag auf Entgegennahme lautet, noch kurz behandeln können. Wer dem zustimmen möchte, soll das bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Vorschlag mit 34 Ja, 1 Enthaltung und 2 Nein zugestimmt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 16

Postulat von Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 9.6.2020,
betreffend Kulturraum in den historischen Werkhallen des Ziegeleiareals
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4520

Christian Kellermann, Präsident: Liegt ein Gegenantrag vor? Das ist nicht der Fall. Und Gemeinderat Andreas Bammatter möchte auch nichts dazu sagen. Somit ist dieses Postulat überwiesen.

Besten Dank, ich wünsche euch eine gute Zeit. Adieu miteinander.

SCHLUSS DER SITZUNG: 21.35 UHR

Aufgrund der aktuellen Situation des Coronavirus wurde die Einwohnerratssitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt.
